



Reden und Presseberichte anlässlich der Preisverleihung im Rathaus Bielefeld am 07. November 1997 an Frau Dr. Regine Hildebrandt

	Seite
➤ Vorwort Jürgen Frodermann	2
➤ Eröffnungsrede Jürgen Frodermann	3
➤ Ansprache der Oberbürgermeisterin Angelika Dopheide	6
➤ Preisverleihung	10
➤ Rede der Ministerin Dr. Regine Hildebrandt	11
➤ Abschlußrede Jürgen Frodermann	37
➤ Pressespiegel	Anhang

Vorwort

Viele Menschen behaupten, dass in unserer Ellenbogengesellschaft der Wert „Solidarität“ verlorengegangen ist. Nach dem Motto: „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht“.

Wir, die Mitglieder des Kuratoriums „Förderpreis der Solidarität“ und andere Menschen, die in irgendeiner Form aktiv mit Arbeitsmarktpolitik zu tun haben, können und wollen uns dieser Bewertung nicht anschließen.

Gerade in diesen Zeiten, die immer schwieriger werden und von dauerhafter Massenarbeitslosigkeit geprägt sind, müssen alle Aktivitäten unterstützt werden, die dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen.

Wie im Sport, gibt es hier die Pflicht und die Kür. Die Pflicht, das ist das Abarbeiten von Maßnahmen, das ist die Erstellung von Statistiken, das ist der bürokratische Umgang mit Programmen.

Die Kür, das ist der selbstlose Einsatz von Menschen für Menschen, ohne dafür besonders bezahlt zu werden, ohne große öffentliche Anerkennung und oft auch ohne das berühmte „Dankeschön“.

Solche Menschen oder Einrichtungen, die sich unermüdlich bemühen und versuchen, innovative Lösungsmöglichkeiten zu schaffen, wollen wir mit dem Förderpreis der Solidarität ehren.

Wir meinen, dass wir mit Regine Hildebrandt eine würdige erste Preisträgerin gefunden haben und dass auch der Festakt in Bielefeld geeignet war, den Gedanken der Solidarität neu zu beleben und weiterzutragen.

In diesem Sinne wollen wir unsere Arbeit fortsetzen.

Jürgen Frodermann

Begrüßung durch den DGB- und Kuratoriumsvorsitzenden Jürgen Frodermann:



„Damit das jetzt nicht in aller Hektik losgeht, sondern damit wir auch ein bisschen eingestimmt werden auf diese Premiere - Förderpreis der Solidarität - beginnen wir mit Musik. Ich darf mich herzlich bedanken bei den Kolleginnen im Trio von der Musik- und Kunstschule Bielefeld, dass Sie hier heute zur Eröffnung spielen.“

(Nach einer musikalischen Eröffnung und Applaus seitens des Publikums, Fortsetzung der Begrüßung durch Herrn Frodermann)

„Ja, vielen Dank für die musikalische Eröffnung. Sehr geehrte Damen und Herren; ich freue mich, dass Sie heute an der ersten Veranstaltung teilnehmen -Verleihung des Förderpreises der Solidarität. Wie es dazu gekommen ist, will ich gleich kurz berichten; ich möchte aber vor allen Dingen ganz herzlich hier begrüßen und freue mich auch sehr, dass es relativ kurzfristig möglich war, bei Ihr sozusagen einen ganzen Tag für die Reise nach Bielefeld herauszueisen:

Frau Ministerin Regine Hildebrandt - herzlich willkommen! Ich habe mir auch ganz fest vorgenommen, bei dieser Eröffnungs- und Begrüßungsrede mich wirklich nur darauf zu beschränken und nicht meinem Hang nachzugeben, mich auch lobend über sie zu äußern. Das wird gleich die Gastgeberin dieser Veranstaltung machen - unsere Oberbürgermeisterin Angelika Dopheide. Und ich freue mich auch ganz besonders, dass wir auch noch eine weitere Ministerin bei dieser Veranstaltung begrüßen können - als gute, alte Freundin von Regine Hildebrandt - ist unter uns Ilse Ridder-Melchers, die Ministerin für Gleichstellung in NRW. Ihre Anwesenheit wird eine gewisse Peinlichkeit, über die ich gleich berichten werde, noch peinlicher machen. Aber wir freuen uns vor allen Dingen, dass Sie hierhin gekommen sind und dieser

Veranstaltung beiwohnen können. Ich darf allerdings vor allen anderen hier

gerade aus Grund des Anlasses - Förderpreis der Solidarität - ganz herzlich begrüßen, die Kolleginnen von der Firma "Schilder Warweg" die sich in der zwölften Woche im Streik befinden."

(Nach einem Räuspern fährt Herr Frodermann fort)

„Gerade heute hat ja in einer Bielefelder Tageszeitung ein großes Interview mit dem verantwortlichen Geschäftsführer und seiner Tochter stattgefunden. Die Äußerungen stehen für sich. Es ist natürlich nicht wahr, dass Gewalt angewandt worden ist. Es ist ebenfalls nicht wahr, dass die Personen keine Kenntnis von unserer inhaltlichen Forderung nach einem Haus-Tarifvertrag haben. Das ist auch der Grund, warum die Kolleginnen und Kollegen sich im Streik befinden. Es geht nicht um unmäßige Forderungen. Es geht darum, überhaupt einen Haus-Tarifvertrag zu haben; deshalb heute der 60. Streiktag. Wir hoffen weiterhin, dass es endlich einen Durchbruch gibt, aber dafür ist es eben auch notwendig, erstens unter Euch Solidarität zu praktizieren und auch von anderen, wie z. B. eben auch heute - ich denke, dass hat der Beifall deutlich gemacht -, auch Solidarität zu erfahren. Ich füge ganz kurz hinzu, dass ist jeden Morgen möglich zwischen 5:30 Uhr und 8:30 Uhr, die Kolleginnen und Kollegen bei Ihrem Kampf dort zu unterstützen. Und als letzte Gruppe möchte ich natürlich diejenigen herausheben, die eben aus Arbeitslosengruppen, Initiativen und Beschäftigungsgesellschaften hier sind - und vor allen Dingen die, die sich eben die Mühe gemacht haben, ihre Ausstellung, wie ich auf den ersten Blick sehen kann, in sehr lebenswürdiger Form hier zu präsentieren und natürlich eben auch darauf hoffen, dass es zu Diskussionen kommt, zu Hinweisen, zu Ratschlägen Und das ist eben auch Sinn und Zweck dieser heutigen Veranstaltung, Ihre Arbeit und die Arbeit vieler andere zu würdigen und das damit eben auch ein Ansporn gegeben wird, dagegenzuhalten, nicht aufzugeben in dem Kampf für Vollbeschäftigung, gegen Arbeitslosigkeit und auch weiterhin dafür sorgen, dass es positive Beispiele gibt.

Warum kam es nun zu diesem Preis? Die gesellschaftliche Lage ist auf dem Arbeitsmarkt katastrophal. Wir versuchen, in vielfältiger Form, etwas dagegen zu

tun. Die Rahmenbedingungen, gerade von der Bundesseite her, werden immer schlechter. Und es kam eben zu der Idee, da sollte man noch versuchen, etwas Besonderes zu tun. Und deswegen kam es zu dieser Idee. Wir verleihen einen Förderpreis der Solidarität, als eben Würdigung einer Person oder einer Einrichtung demnächst einmal, die sich in besonderer Weise für soziale Belange, für die Rechte der Arbeitslosen und für die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzt. Das Geld geht dann nicht an diese Person direkt, sondern sie hat sozusagen als Mittler oder Mittlerin die Möglichkeit, ihr besonders wichtige Projekte, die eben ansonsten nicht gefördert werden könnten oder denen der Kollaps droht, in entsprechender Art und Weise zu fördern. Und jetzt will ich auch kurz sagen, wer „wir“ ist: Bei der ganzen Frage 'Idee und Finanzierung', ist wir“ vor allem eine Person - und das ist Franz Schaible, der Geschäftsführer der 'GAB'. Franz, ich weiß, Du würdest mich jetzt am liebsten umbringen, weil wer ihn kennt, weiß, Franz Schaible ist wirklich der Ausbund an Bescheidenheit. Aber heute geht das nun mal nicht anders. Da müssen wir kurz erklären, dass eben dieser Förderpreis und auch die Höhe in der er heute übergeben werden kann - 60.000 Mark - im Prinzip, auch wenn da andere Namen auftauchen, privates Geld ist. Das hätte er auf den Bahamas verjucken können oder - was viele ganz einfach nicht glauben und verstehen wollen, er sagt: 'Ich bin seit vielen Jahren in dieser Arbeit, ich produziere Ideen, ich gründe Gesellschaften, ich mache Qualifizierungen und ich bekomme meinen/unseren Laden irgendwie in den Griff. Aber es gibt viele, die haben da mehr Schwierigkeiten und für die möchte ich etwas tun.' Und da hat er ein paar Leute zusammengerufen und wir haben dieses Kuratorium gegründet und wir haben gesagt, wir stiften den Preis und es gab eine derartig kurze Diskussion - habe ich noch nie erlebt, weil, es gab eigentlich keine - als der Name Regine Hildebrandt fiel, war das sofort klar. So, dann haben wir uns zurückgesetzt und dann haben wir gesagt: 'Jetzt haben wir ja schon mal was geschafft'. Und bei diesem Zurücksetzen sind wir furchtbar erschrocken, weil wir feststellten, dass der Kreis der sechs Mitglieder dieses Kuratoriums nur aus Männern bestand. Und das ist natürlich nun in der Tat eine Sache, die geht nicht. Wir standen nur vor folgendem Problem, da es schon relativ spät im Jahr war, zu sehen, das Kuratorium unbedingt zu erweitern - das geht ja nun auch nicht nur mit ein paar Gesprächen abends am Telefon - oder die ganz schnelle operative Arbeit,

um diese Veranstaltung hinzubekommen, weil, sie sollte so nah wie möglich am 30. Oktober - dem Tag der Arbeitslosen - stattfinden, und, wir geloben heute in aller Öffentlichkeit, dass diese Konstellation umgehend, also, so schnell wie möglich, korrigiert wird. Wir haben genügend fähige Frauen/Kolleginnen hier in der Stadt Bielefeld, die mit Sicherheit auch Interesse haben, daran mitzuwirken. Ich bin mir aber sicher, dass die, die wir finden werden, mit unserer diesjährigen Entscheidung vollständig einverstanden sind. Von daher darf ich jetzt zur Würdigung der Preisträgerin und, um auch gleich den Preis zu verleihen, Angelika Dopheide bitten, hier jetzt gleich das Wort zu übernehmen.“

Frau Dopheide:

„Du hättest mich ja auch mal ansprechen können. Ich bin auch abends noch zu erreichen.“



Ansprache von Frau Oberbürgermeisterin Angelika Dopheide:

„Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Hildebrandt, ich freue mich ausdrücklich, dass Sie mitgekommen sind, denn eben beim Gespräch haben wir erfahren, dass Bielefeld Ihnen gar nicht fremd ist, wenn die Spanne zwischen den ersten Besuchen und dem heutigen auch ein bisschen lang ist. Etwa 40 Jahre. Ich will hoffen, dass die zukünftigen Besuche etwas näher dran sind.

Sehr geehrter Herr Frodermann, sehr geehrter Herr Franz Schaible, sehr geehrte Frau Ministerin Ridder-Melchers, meine Damen und Herren, ich möchte als erstes auch meine solidarischen Grüße an die Kolleginnen und Kollegen der Firma „Warweg“ übergeben. Was ich gesagt hätte, hat Jürgen Frodermann bereits gesagt.

Sie haben drei harte Monate hinter sich und sie haben eine sehr unklare Zukunft

noch vor sich. Das wurde in der Tat heute deutlich. Ich möchte Ihnen viel Kraft, viel Durchstehvermögen und viele, die Ihnen Mut machen wünschen, damit Sie auch die kommende Zeit noch durchstehen, damit das Ganze nicht wirklich so ins Hoffnungslose geht, sondern daraus wirklich ein Erfolg erwächst. Alles Gute für Sie!“

(Applaus)

Wir haben Sie, meine Damen und Herren, heute eingeladen, um zum ersten Mal den von der Arbeits- und Sozialförderungsgesellschaft ins Leben gerufenen Förderpreis der Solidarität zu vergeben. Die Idee des Förderpreises ist es, das soziale Engagement von Personen auszuzeichnen, die sich in Zeiten, in denen das Denken überall durch Begriffe wie ‘Leanmanagement’, ‘Rationalisierung’, ‘Effektivität’ und anderes bestimmt ist, für die Opfer dieser Maßnahmen, die Arbeitslosen, einsetzen. Ausgezeichnet werden Initiativen oder Einzelpersonen, so heißt es, die sich in herausragender Weise um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut verdient gemacht haben. Gleichzeitig sollen engagierte Personen durch den Preis mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die es Ihnen ermöglichen, Einrichtungen und Projekte zu fördern, die Ihnen besonders am Herzen liegen. Die erste Preisträgerin des Preises für Solidarität ist die Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes Brandenburg - Frau Dr. Regine Hildebrandt.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie werden für Ihr großes Engagement als Politikerin im Lande Brandenburg ausgezeichnet, einem Bundesland, in dem man sehr genau weiß, was das Wort ‘Arbeitslosigkeit’ bedeutet. Sie übernahmen mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales eine der schwierigsten Aufgaben, die das Land Brandenburg zu vergeben hatte. Die äußerst schwierige wirtschaftliche Situation und die stetig wachsende Massenarbeitslosigkeit waren und sind besondere Herausforderungen, die Sie zu bewältigen haben. Dabei wiesen Sie bereits früh auf die Dramatik der Entwicklung hin und Sie zeigten auf, dass die sicherlich dringend notwendige Wirtschaftsreform vor allem jedoch zu Lasten der Arbeitnehmer zu gehen drohte. Sie setzten sich daher schon bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten für eine

bessere soziale Abfederung der Wirtschaftsunion ein. Später als Ministerin für Arbeit und Soziales räumten Sie der Arbeitsmarktpolitik die absolute Priorität ein. Meine

Damen und Herren, die Erkenntnis, dass veraltete Strukturen unter Marktbedingungen keine Überlebenschancen haben, die ist banal gegenüber den viel entscheidenderen Fragen, welche Strukturen und welche Arbeitsplätze brauchen wir in Zukunft. Was kann der Einzelne dafür tun, dass sie denn auch entstehen? Ihre Antwort, Frau Dr. Hildebrandt, war die Qualifizierung von Anleitungspersonal für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sie setzten sich für die Finanzierung von Sozialarbeitern und auch von Geschäftsführern für Arbeitsförderungseinrichtungen ein. Weiterhin sorgten Sie für ein Programm zur Förderung von Arbeitslosenzentren. Dabei stand für Sie im Vordergrund, dass die Menschen am Umstrukturierungsprozess Anteil haben. Ob sie nun Arbeitnehmer sind oder Arbeitgeber; denn Zukunftsinvestitionen heißt auch Investition in den einzelnen Menschen und nicht nur, in den Betrieb. Für Sie war und ist klar, wer Krisen auf Kosten der sozial Benachteiligten bewältigen will, der spaltet die Gesellschaft. Ebenso klar ist: Es ist sinnvoller in Arbeit zu investieren als in Arbeitslosigkeit, sprich, in Sozialhilfe. Und das ist auch der Weg, den Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, gehen. Das Staatsziel - Recht auf Arbeit - gehört für Sie ins Grundgesetz und Sie haben gerade eben, in einem kurzen Vorgespräch, noch deutlich gemacht, dass für Sie das Element von Menschenwürde ist, arbeiten zu dürfen als eigenständige Form der Existenzsicherung. Sie halten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das derzeit machbare. Notlösungen, gewiss, dass sind Notlösungen. Aber wir sind auch in einer Notsituation, da müssen auch Notlösungen geschaffen werden. Im März 1991 stellten Sie ein mit 43 Millionen DM ausgestattetes arbeitsmarktpolitisches Sonderprogramm zur Ergänzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor. Und im Frühjahr 1992 brachten die Ministerpräsidenten der neuen Länder in Bonn ein sogenanntes Strukturhilfeprogramm zur Schaffung von 500 Arbeitsplätzen ein, dass ganz wesentlich auf die Initiative Brandenburgs zurückgeht. Dieses Programm fand breite Unterstützung sowohl bei Arbeitgebern als auch bei den Gewerkschaften. Dabei sind Sie nicht zimperlich, wenn es darum geht, Geld zu besorgen. Denn Sie wissen, wofür Sie es brauchen. Lehrstellen sind dramatisch knapp. Ohne Lehrstellen werden noch mehr Menschen das Weite suchen. Also finanzieren Sie als Ministerin

Ausbildung. Für Ihre Arbeit lassen sie keine Einwände gelten, die Ihr Engagement stoppen könnten. Sie wollen, dass alle Projekte unbedingt weiterlaufen. Und Sie haben die Erfahrung machen müssen, dass Sie dabei an Grenzen, nämlich Grenzen

der Finanzierung stoßen, die vorne und hinten immer nicht reicht, wenn es z. B. um die Bezahlung von Arbeitslosen während der Umschulung geht, die Sie aufstockten, bis es wegen der Anzahl der Anträge einfach nicht mehr weiterging. Sie haben große Erfolge vorzuzeigen, wie z. B. mit dem arbeitsmarktpolitischen Sofortprogramm 'Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg', dass Sie als erste Arbeitsministerin in den neuen Ländern vorlegten. Sie erreichten mit der Unterstützung von Betrieben für die Einstellung junger Leute die höchste Quote an Ausbildungsstellen für Jugendliche. All Ihre Erfolge haben Sie mit Ungeduld und, wie man auch sagt, mit Hartnäckigkeit erträgt. Und mit dem unbedingten Willen zum Erfolg.

Was Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, besonders auszeichnet, Sie sind vor allem eine Politikerin der Basis. Was ist die Basis? Das sind die Menschen. Die Männer und Frauen, die die Nöte unmittelbar erleben und Sie kennen diese Nöte durch die unmittelbare Begegnung mit den Menschen. Und dafür werden Sie geachtet, geschätzt und, ich glaube, man darf auch sagen, geliebt. Die Initiativen für Arbeitsbeschaffung schätzen besonders Ihre persönlichen Besuche, den engen Kontakt zu Ihnen, die Klarheit Ihrer Aussagen und Ihre Kontakte zu den Menschen vor Ort und, vor allem, Ihre Geradlinigkeit und Glaubwürdigkeit, denn das macht Sie zu einer unverwechselbaren Politikerin. Meine Damen und Herren, in der Begründung der Preisvergabe steht folgender Satz: „Sie wurde als Mensch und Politikerin mit Herz und außergewöhnlichem Engagement im Dienste benachteiligter Menschen gewürdigt“. Und eine Brandenburgerin hat es so beschrieben: 'Die Hildebrandt, die märkische Mutter Courage, ist eine Frau mit einer Aura aus Alltag und Normalität, dabei ganz ohne Gewöhnlichkeit.' Ihre authentische Art und Ihr Verhalten in der Vergangenheit von der promovierten Biologin, die aber auch schon zu DDR-Zeiten oppositionellen Bewegungen nahe stand, sich wehrte, die sich gegen den Einmarsch in die ehemalige CSSR und gegen die Ausbürgerung Biermanns wandte, zur Sozialdemokratin der ersten Stunde, als es noch eine illegale Bewegung

war, bis hin zur Ministerin, diese Geradlinigkeit Ihres Weges machte sie zur beliebtesten Politikerin in der Bevölkerung. Aber eben weit über den Osten hinaus, auch bekannt im Westen der Republik.

Die Brandenburgerinnen und die Brandenburger mögen Ihre Ministerin, weil sie nicht

so glatt ist, wie viele Politprofis, und für Schönfärberei nichts übrig hat. Gleich, wessen und welche Interessen Sie auch immer vertreten, Sie tun es, so sagt man, laut, schnell, ohne Atem zu holen, mit Temperament und ohne jede Spur von Selbstzweifel in dieser Sache. Sie sind bekannt dafür, dass Sie mit einem Verbalstakkato allen die Leviten lesen und dabei die Herzen der Menschen erobern, wie gesagt, nicht nur im Osten, auch im Westen. Und wie Ihnen spontan das Herz überlaufen kann von der Sache, konnten wir eben hören, als eine junge Journalistin des WDR Sie befragte und Sie aus dem Stand heraus mit Zahlen und Fakten operierten und überzeugend darlegen konnten, was Ihnen wichtig war und wie Sie schon die 60.000 DM, die Sie gleich erst erhalten, im Geiste verteilt haben an alle die Gruppen, die Ihnen besonders wichtig sind. Mit einer Mischung aus Zupackendheit und mit Witz ziehen Sie, sehr geehrte Frau Hildebrandt, alle in Ihren Bann und vermitteln dabei die Botschaft: Die Lage ist ernst, aber sie ist nicht hoffnungslos. Anders ausgedrückt, so der Titel Ihres Buches: 'Wer sich nicht bewegt, der hat schon verloren'. In Potsdam hetzen Sie von Termin zu Termin, um, wie Sie sagen - ich hoffe, dass haben Sie wirklich gesagt - 'aus Schiette Konfekt zu machen'. Was Ihre Arbeit mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angesichts leerer Kassen am besten beschreibt.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir leben in einer Zeit wachsender sozialer Kälte und zunehmender Entsolidarisierung. Wenn in einer solchen Zeit die Menschen nicht mutlos werden sollen, dann brauchen sie Vorbilder, an denen sie sich orientieren können. Sie sind eine solche Politikerin und die Menschen in unserem Land erkennen das auch an. Nun mag es sein, dass Ihnen die vielen lobenden Worte fast ein wenig zuviel des Guten erscheinen. Aber Sie müssen mir gestatten, die Wahrheit beim Namen zu nennen. Und gerade, weil Sie so sind, wie Sie sind, wollen wir Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, heute damit auszeichnen, die erste Preisträgerin des

Förderpreises für Solidarität zu sein und wir hoffen, dass Sie dies auf Ihrem wahrlich schwierigen Weg bestärken wird. Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.“



Frau Oberbürgermeisterin Dopheide überreicht Frau Ministerin Hildebrandt den Förderpreis für Solidarität und gratuliert ihr.

(Gemurmel, Applaus)

Jürgen Frodermann gratuliert und sagt:

„Ja, Frau Ministerin Dr. Hildebrandt, rennen Sie nicht so schnell weg, weil, es war natürlich klar, es ist Ihnen, denke ich, wohl auch klar, dass haben wir auch so verabredet, wir wollten Sie nicht nur so hier haben, um so eben mal einen Preis zu übergeben. Sondern, ich nehme an, es ist Ihnen auch immer ein Bedürfnis, vor, sag ich mal, nicht ganz unwichtigen Menschen in dieser Stadt, eben auch zu Ihrer inneren Herzensangelegenheit, zu unserem gemeinsamen Anliegen - wie können wir mehr Arbeitsplätze schaffen, wie können wir gegen Arbeitslosigkeit vorgehen - hier einiges zu sagen, und ich denke, ich spreche im Namen aller, dass wir sehr gespannt auf Ihre Ausführungen sind und ich hoffe auch, dass alle die Botschaft in Ihrem Kopf und Ihrem Herzen mit nach Hause nehmen. Ich darf Sie bitten, zu uns zu sprechen.“

Frau Ministerin Dr. Hildebrandt:

„Bloß, im Programm steht drin, dass die Rede eine Stunde dauert. Na, da wollen wir mal gucken!“ (Lacht)

„Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der jetzigen Zeit einen Preis, einen

Förderpreis der Solidarität zu kriegen, dass ist schon wegen der Überschrift schön. Also, selbst, wenn alles andere nicht so besonders wäre. Es ist einfach ganz wichtig, dass man sich überhaupt über Solidarität Gedanken macht in dieser Zeit, wo sie eben nicht selbstverständlich ist. Und ich habe da nun ein ganz besonderes Verhältnis deswegen dazu, weil ich ja eben aus dem Osten komme. Und, wissen Sie, da wurde vierzig Jahre lang Solidarität immer offiziellisiert. Man bezahlte als FDGB-Mitglied von der Gewerkschaft seinen Soli-Beitrag und wusste nicht so richtig, wo der dann hinterher jelandet ist - mit anderen Worten: Solidarität, naja, man dachte, es geht nach Afrika und zum Schluss waren es nur die Fress-Tüten für die Mitglieder der FDJ immer bei den Weltfestspielen, oder sowatt. Und es war da so, der Begriff „Solidarität“, der war ein bisschen suspekt. Und nach der Wende war es so, dass man sich erst mal abgrenzen wollte und da nicht mehr in die Richtung kommen wollte. Der Begriff ‘Sozialismus’, der auf einmal wieder interessant wird, vom Inhalt her, nicht von der DDR-Variante her, über 80 % Prozent der Ostler sagen: ‘Also, gedanklich war der Sozialismus schon ganz richtig.’ Das hätten wir uns nach der Wende erst gar nicht getraut. Das kommt jetzt erst wieder und genauso ist es mit der Solidarität. Die Solidarität, die wir zunächst immer erstmal ‘Gemeinsinn’ nannten, und watt man sich immer so einfallen lässt, genau, wie wir nicht mehr ‘Kollektiv’, sondern ‘Team’ sagen, ja, also, diese Solidarität wird auf einmal wichtiger denn je und ist bei mir, auch wenn es nicht so ein Anlass wie der heutige ist, für mich eigentlich immer selbstverständlich, auf die Solidarität zu kommen. Es nützt ja nichts, ja?! Es nützt ja nichts, wir brauchen sie, wir müssen sie thematisieren, wir müssen sie praktizieren. Und mir ist so wichtig, dass das eben heute durch so einen Anlass tatsächlich wieder mal passieren kann. Und mein besonderes Betroffensein durch den Preis ist auch dadurch bedingt, dass es sich ja eben um Arbeitsförderung, um

Arbeitsloseninitiativen, um Arbeitsplatzschaffung neuer Art mit Hilfe der Unterstützung der Hilfe bei der Selbsthilfe, dass das der eigentliche Inhalt ist. Und da komm wa nun zu dem entscheidenden Punkt: Es war schon davon die Rede, in Brandenburg haben wir es in der Verfassung drin, Recht auf Arbeit als Staatsziel im Grundgesetz haben wir es nicht durchgesetzt, ist es denn überhaupt so nötig? Und da muss ich Ihnen sagen, da gehe ich noch einmal in die Vergangenheit.

Also, ich habe es nun mein Leben lang praktiziert, mit meinem Mann, der heute auch

hier ist, wir waren beide berufstätig, wir haben trotzdem Kinder, Freunde und alles gehabt, natürlich ist dett anstrengend und natürlich muss man da sich auseinandersetzen und muss es gemeinsam managen. Aber für uns gehört es zum Leben dazu. Und zwar für alle; nicht nur für die Männer und nicht nur auch bloß für die pffigsten und agilsten und mobilsten, sondern für alle. Und so haben wir gelebt. Und dann muss ich noch dazu sagen, '41 geboren, also im 2. Weltkrieg, meine Mutter war zu Hause. Meine Mutter war selbstverständlich, wie es damals für viele noch üblich war, für zwei Kinder, für die Erziehung, für alles drum und dran zuständig, hat eine glückliche Ehe geführt, hat uns Kindern aber gesagt: 'Und Ihr kriegt beide gleichermaßen eine Ausbildung.' Und dafür hat sie sich eingesetzt, dass also sowohl mein Bruder als auch ich die Möglichkeit hatten, eben tatsächlich über eine gute Berufsausbildung, über eine berufliche Arbeit, über eine Existenzsicherung zu haben und ein ganz wichtiges Standbein im Leben zu haben, was eben mit Berufsarbeit, mit Integration, in Zusammenhänge, die mit anderen Menschen und mit anderen Vorgängen, als nur zu Hause zusammenhängen, damit verbunden ist und natürlich auch mit der Existenzsicherung, des Lebensunterhaltes - sowohl während der Arbeit als auch nachher in der Rente. Und nun ist die Sache, dass ist mir also in Fleisch und Blut übergegangen - und auch überhaupt nicht verbissen; nach dem Motto: 'Pfui Deibel, die Hausfrauen!', überhaupt nicht, verstehen Sie? Sondern jeder kann es so einrichten, wie er es möchte und wie er es sich auch leisten kann. Aber die Möglichkeit zu arbeiten, die für mich und für die Ostler insgesamt, ohne Ausnahme, die eigentlich eine unverzichtbare Tatsache ist, für die möchte ich mich als Möglichkeit einsetzen und erlebe, dass während vorher in Ostdeutschland 92 % der Frauen berufstätig waren, die Männer sowieso - es gab ja auch gar keine Möglichkeit zu sagen: 'Ach Gott, ich möchte es lieber mal anders haben!', sondern es war nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern sie hatten auch die Verpflichtung, wenn sie sich anders nicht ernähren konnten, weil der Staat öffentlich nicht finanziert hat, sie hatten auch die Verpflichtung auch zu arbeiten und deswegen waren sie alle in den Arbeitsprozess integriert. Sie wissen, da kann man lange drüber reden. Über Produktivität, und was da an verdeckter Arbeitslosigkeit, da können wir immer drüber sprechen - herzlich gerne - aber eins ist klar, sowohl von der Berufsausbildung her, die mit einem Drang seinerzeit betrieben wurde, weil das also zu den kommunistischen Idealen und sozialistischen Idealen auch gehörte. Da gehörte eben der Zugang zur Bildung, die abgeschlossen Berufsausbildung - die war genau, wie die Gleichstellung

der Frauen - Staatsdoktrin. Da wurde allerdings auch wagt für gemacht. Und demzufolge war es so, dass in Ostdeutschland beispielsweise nicht bloß mit Erstausbildung, sondern mit Weiterbildung, Qualifizierung, Frauen-Sonderstudien, usw. zum Schluss - die Männer sowieso, aber auch die Frauen - nur zu 6 % keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten. Im Westen sind es 30 %. 30 %! Und jetzt müssen Sie sich mal überlegen, wenn man von Wahlfreiheit und Vereinbarkeit, Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf spricht, und auch von Vereinbarkeit von Beruf und Familie spricht, denn ist es natürlich ein Witz, wenn ich überhaupt keinen Beruf habe, dann ist es ja eine tolle Wahlfreiheit, ja?! Also, den kommt zu dem nichtvorhandenen Beruf, der nichtvorhandenen Arbeitsplatz und der Fall ist sowieso klar. Und deswegen ist für mich so wichtig, dass Sie noch einmal wissen, dass mein Engagement jetzt für die Dinge, dass das von einer Grundüberzeugung ausgeht und auf einer Basis steht, die ist also fest wie Beton und meterdick. Weil das also mein Leben war, weil das meine Entwicklung ausmacht und weil das das Ziel aller derer, die ich kenne in meiner Umgebung, ist. Sie wollen alle, neben den schönen Sachen, die man alle machen kann, und neben Familie und neben Partnerschaft, sie wollen die berufliche Tätigkeit haben. Und die Möglichkeiten sind dazu heute eben so, dass sie für viele nicht reicht. Und nun ist die Frage, mit welchem Nachdruck man sagt, man sucht sich dann eben was anderes oder man bleibt auf diesem Fundament stehen und man sorgt weiter dafür und sieht, wie man unter neuen Bedingungen es auch hinkriegen kann. Also, dieses Fundament - These 1 - ist unerschütterlich.

Und jetzt kommt also die Crash-Situation nach der Wende. Es war schon davon die Rede, sehr früh sind wir in die Politik gekommen wie das damals so war, ging ja alles relativ eruptiv. Ich erzähle immer wieder, nach der Gründung - wie viel war das; sechs Monate nach der illegalen Gründung der SPD - der Ost-SPD war ich schon Ministerin. Na, deft machen Sie erst mal nach. Also, aber der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Für Arbeit und Soziales zuständig. Und ich sage immer wieder, um mir und den anderen deutlich zu machen, was damals eigentlich Sache war, wir hatten in der gesamten DDR, das waren ca. 15 Millionen Einwohner - Einwohnerinnen und Einwohner - wir hatten 35.000 Arbeitslose. Als ich Ministerin für Arbeit und Soziales bei de Maiziere war, in der letzten DDR-Regierung, 35.000 Arbeitslose -und ich dachte, die Welt geht unter, um das mal klipp und klar zu sagen! Denn das Phänomen Arbeitslosigkeit war vorher nicht da. Die Menschen waren also völlig von der

Rolle. Sowatt hat es überhaupt noch nicht gegeben. Und das noch in einer Zeit, wo sich alles ändert, einerseits. Und wo andererseits, man die Möglichkeit hätte, Dinge zu machen, die vorher überhaupt nicht möglich waren. Ob es um Reisen geht oder um Einrichtung von Wohnungen oder um West-Autos oder dem Anschaffen von alledem, was man so lange haben wollte. Denken Sie an Technik, auch gerade. Videorecorder - schlagartig zugenommen - wollte man gerne haben. Nachholbedarf. Man muss natürlich Geld dazu haben. Und dazu muss man Arbeit haben. Damit man in der Lage ist, dieses alles dann noch zu genießen. Hatten sie nicht. Und deshalb war von der ersten Minute an meiner Tätigkeit dieses Bemühen: 'Leute, wir müssen unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, die da sind, es schaffen, dass die Menschen wieder Arbeit kriegen, die jetzt alle rausgedrängt werden.' Mit 35.000 Arbeitslosen für die gesamte DDR.

Und die Verhältnisse, darf ich dann ja nur mal sagen, die sind nicht so. Denn gucken sie sich mal das Arbeitsförderungsgesetz an, also, dass von damals, - das wird ja immer schlechter, aber damals war es auch schon so - dass man orientiert war auf die Beschäftigung in zusätzlichen Arbeiten. In Bereichen, die also nicht notwendig sind. Na, da können Sie sich vorstellen, dass natürlich in Ostdeutschland, wenn Sie sich die marode Wirtschaft ansehen, die marode Infrastruktur, die Notwendigkeit überall jetzt anzupacken und etwas zu verbessern, aber natürlich immer wieder unter der Überschrift 'Notwendig' und nicht etwa 'Zusätzlich'. Notwendiges mussten wir machen und das darf man eigentlich net machen. Und dann ging das große Gerühre los. Die Antragslyrik. Wie kann man es denn jetzt formulieren, dass es doch noch unter die Paragraphen passt und alle mitmachen? Die Arbeitsverwaltung mitmacht, der BMA, weil sie ja auch keine anderen Möglichkeiten hatten, bloß, wissen Sie, der große Wurf, der damals möglich gewesen wäre - machen wir ja auch alles und wir nutzen ja auch alles aus und wir lernen auch, dass man immer gleich weiß, was die Stunde geschlagen hat und wann immer man seine Anträge gleich immer wieder umformuliert. Also so schnell wie wir, haben Sie das ja noch nie zu lernen brauchen, weil so schnell, wie sich jetzt die Gesetze geändert haben, hat es überhaupt noch nicht gegeben. Bloß, der Witz bei der Sache ist, wissen Sie, das, was eigentlich nötig gewesen wäre, dass ist immer mein ganz großer Vorwurf in die Zeit 1990, dass, was nötig gewesen wäre, wäre jetzt zu sagen, was kommt an Problemen durch die Umstrukturierung der Planwirtschaft auf uns zu. An wirtschaftlichen, an arbeitsmarkt-

lichten, an sozialen. Man hätte das Ausmaß - Sie wissen, es waren Wahlen und der Kanzler wollte der 'Kanzler der Einheit' werden und, deswegen musste det also im Osten schnell gehen und im Westen hat er den Leuten gesagt, dass koschtet nichts. So war es. Und das ist das Grundübel. Denn, wenn ich die falsche Diagnose stelle, dann kann ich nicht mehr die richtige Therapie machen. Verstehen Sie, wenn ich sage, dett koschtet nichts und das ist gar nicht schwer und das geht ganz schnell, hat er den Ostlern immer gesagt. Das rufe ich Ihnen noch mal in Erinnerung!

Die Angleichung der Lebensverhältnisse kommt schnell und keinem würde es schlechter und vielen besser gehen. Das sind Aussagen, die können die Leute relativ leicht kontrollieren. Da brauchen sie auch keinen großen Intelligenz- oder Abstraktionsgrad.

Und sie merken - es ist nicht so! Verstehen Sie?

Dett ist dett Schlimme.

Und deswegen liegt da meines Erachtens das Grundübel.

Denn auch auf dem Gebiet der Arbeitsförderung wäre das doch die ideale Konstellation gewesen, zu sagen - schon in der Bundesrepublik Deutschland sagt die Bundesanstalt für Arbeit mit ihren ganzen Experten immer: 'Auf Dauer ist die Finanzierung von Arbeit billiger als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit.' Man hat bloß immer die Schwierigkeit und deswegen ja auch die Zusätzlichkeit, dass die versammelte Mannschaft der Unternehmer der Region immer sagt: 'Die nehmen uns die Aufträge weg.' Und die Konstellation in Ostdeutschland war so, sie wäre ideal gewesen zum Probieren. Da war die Unternehmerschaft nicht. Die hatten wir ja nicht mit unseren volkseigenen Betrieben.

Da waren ja kaum Unternehmen da, die sich hätten beschweren können. Dafür war soviel zu tun da - und soviel Geld konnte man auch gar nicht auftreiben, um Aufträge auszulösen. Es war also ideal, um zu sagen: 'Das ist genau der Punkt, wo wir jetzt mal sagen, systematisch und mit allem arbeitsmarktlichten Sachverstand der unterschiedlichsten Institutionen gehen wir jetzt mal daran und versuchen, durch Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit den Osten umzubauen.' Die wirtschaftlichen Wege die Infrastruktur in Ordnung zu bringen, die Transfers sind ohnehin enorm, Lafontaine war ja so freundlich, sie auch immer deutlich zu machen, zu einer Zeit, als sie noch nicht verkraftet wurden, die Transfers sind sowieso enorm, bündeln wir die Sache. Und ich sage es Ihnen nun mal, als einer, der da nun neu rein kam, ich habe es Ihnen beschrieben, und jetzt sagt: 'Was machen wir denn nun? Wie

kriegen wir es denn schnell hin?' Bei meinem ersten Besuch bei Blüm, bei dem Arbeitsministerium in Bonn im April 1990, kamen wir und sagten: 'Die größte Dreckschleuder der DDR im Leipziger Gebiet muß sofort zugemacht werden. Das ist überhaupt nicht mehr zumutbar.' Mehrere tausend Leute mussten schon 1990, als wir noch nicht so gut geübt hatten wie jetzt, mussten die also alle entlassen werden, mussten entsorgt werden - man muss es wirklich mal so sagen, die Produktion war überhaupt nicht möglich. Und da haben wir gesagt: 'Lass uns doch' – bei unserem ersten Besuch bei Blüm - 'die Leute drinnen lassen in dem Betrieb und nicht mehr ihren Mist produzieren und die Umwelt verschmutzen, sondern systematisch in den Strukturen, in denen sie auch gewohnt sind, zu arbeiten. Mit der Technik' - man hatte ja immer alles. Die hatten ja die ganzen Betriebshandwerker in jedem Betrieb, weil man anders seinen Betrieb überhaupt nicht in Schuss halten konnte - 'mit diesem Sachverstand jetzt systematisch versuchen, den ganzen Dreck abzubauen und zu Sanieren, soweit man dazu in der Lage ist.' Wenigstens die Grundsanierungen und auch für Umweltverschmutzung; dies alles zu tun. Und sie können sich sicher vorstellen, wie das Ergebnis war. Obwohl Blüm ja wirklich kein Dummer ist und da auch ganz engagiert mit seinen Leuten. Es war nicht möglich. Es war nicht möglich. Wir sind mit solchen Theorien gekommen und es war nicht möglich. Und dann ging das Theater los. Wir sind ja heute schon meilenweit weiter als wir es damals waren mit den Möglichkeiten.

Also, Arbeitsförderungsgesellschaft war ja hier in dieser oder jener Nische durchaus schon eine Sache und im Sauerland mussten sie es auch schon machen und hatten da größere Einrichtungen. Aber zu sagen, wie wir es jetzt haben - in Brandenburg haben wir fast alleine hundert Arbeitsförderungsgesellschaften - mit den unterschiedlichsten Trägerschaften. Bei den Unternehmen, die damals pleite gegangen sind, bei kommunalen Einrichtungen oder bei freien Trägern, je nachdem, das war damals nicht möglich. Es war nicht möglich. Als die Treuhand gegründet wurde - ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern können - die Treuhand mit Frau Breul. Was haben wir gekämpft, ehe wir es durchgedrückt haben, in einer recht mickrigen Variante, dass tatsächlich nun auch in den Treuhandunternehmen, die nun alles abgewickelt haben, überhaupt eine Arbeitsförderungsgesellschaft installiert werden darf und da tatsächlich organisiert werden darf. Das da was anderes gemacht wird, ohne Leute nach Hause zu schicken. Und ich als Arbeitsministerin kann ja hinterher wie-

der anfangen, sie zusammensammeln und irgendwelche Strukturen aufzubauen. Wie man sie denn wieder in eine Kollektive bringt, in Arbeitsgruppen bringt, in Teams bringt, um sie dann tatsächlich arbeiten zu lassen. Also, verstehen Sie, dieses alles lief. Und es hat lange Zeit gedauert, bis wir Strukturen zu kriegen, die wirklich das gemacht haben, was wir eigentlich wollten. Gelungen ist es nur im Bergbau. Im Bergbau, ich weiß nicht, ob sie es schon mal gesehen haben, Rekultivierung der Bergbaufolgelandschaft. Braunkohle, Tagebau in Ostdeutschland war also der Energieträger und es wurden ganze Ortschaften abgebaggert. Intensiver als in Nordrhein-Westfalen, kann ich nur sagen. Unter ganz anderen Bedingungen. Also, jetzt sind wir ja auf dem Stand von Nordrhein-Westfalen, dass wir um jedes Haus machen wir ja jetzt schon - Strategien über Jahre, aber diese Abbaggerei seinerzeit war also unerträglich und vor allem hinterließ sie - wie es denn auch so war im Sozialismus, man hatte ja auch kaum freie Kapazitäten für Rekultivierung und Begrünung und Naherholung oder so. Was da hinterher zurückblieb, waren oftmals Mondlandschaften - reguläre Mondlandschaften. Zerstörte Landschaften.“

(Applaus)

„Das war wohl die CDU-Fraktion, was?!“ (Lacht)

(Gelächter)

„Aber ich meine, ich habe da überhaupt keine Schwierigkeiten tatsächlich auch die Sachen so zu nennen, wie sie damals waren. So waren sie nun mal. Und nun ist ja klar, man möchte sie ja auch mal rekultiviert kriegen, weil ja in dieser Landschaft nun damals schon Gedrungeneweise die Leute lebten, aber nicht unbedingt leben wollten, wenn sie die Auswahl hatten, aber jetzt natürlich nun mal erst recht nicht. Da kommt auch keiner hin, wenn da so eine Gegend ist, die so vergammelt aussieht. Also, da nun wieder zu rekultivieren wäre eine große, tolle Sache gewesen, gleich von Anfang an, es ging dann auch nicht ganz so zügig los, aber wir haben da über 10.000 Menschen aus der Braunkohle eingesetzt für die Rekultivierung und setzen nach wie vor noch welche ein, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die uns geblieben sind. Weil sie sich ja denken können, da, wo sie vorher den Sand beiseite geräumt haben, um an die Kohle ranzukommen und sie abzubauen, können sie mit

der gleichen Technologie, mit den gleichen Experten, mit der gleichen Technik auch, natürlich auch wieder den Sand hinkarren und alles verfüllen und hinterher begrünen wir. Also, man braucht nicht alles erst kaputt zu kloppen, um irgendwie wieder Strukturen zu kriegen, die das leisten können, sondern, man versucht tatsächlich, mit den ausgebildeten Leuten das zu machen. Da ist es gelungen, sonst war es eben sehr schwer. Und ich darf Ihnen auch noch mal - ich komme dann auch nachher zur Jetztzeit - nicht, dass sie denken, jetzt macht sie hier einen historische Abriss. Bloß, wissen Sie, gerade wenn es um die enormen Leistungen, auch von den Arbeitsförderungsgesellschaften, die wir hier haben und von unseren Helfern, das ist es ja - wenn wir unsere Helfer nicht gehabt hätten, die uns erst mal klargemacht hätten, worum es da geht, wären wir überhaupt nicht in der Lage gewesen, die Arbeitsförderung so hoch zu bringen, wie wir es jetzt geschafft haben. Und sie war unsere einzige Möglichkeit, möchte ich vielleicht noch mal kurz schnell sagen, mehr als 50 % der Menschen sind, nach der deutschen Vereinigung, in Ostdeutschland von der Arbeit verdrängt worden. Mehr als 50 % der Menschen. Und was das für ein gesellschaftlicher Umbruch war, das kann man verdeutlichen bloß an einem Marker: Die Geburtenrate ist in den Ostländern um $\frac{2}{3}$ zurückgegangen. Um $\frac{2}{3}$. Also von 3 Kindern, die vorher geboren wurden, wurde nur noch ein Kind geboren nach der Wende. Und das ist in der Regel selbst im historischen Vergleich eine Änderung der Befindlichkeiten der Leute und der Lebensplanung auch, die war selbst in Kriegszeiten und in Seuchenzeiten früher noch nicht einmal so stark ausgebildet. Also, da sieht man, was das für ein enormer Umbruch war. Gut, und nun kommen wir dazu zurück:

Wie haben wir es hinzukriegen versucht? Wir wussten doch gar nicht, was Arbeitsförderung ist. Das erste, was ich davon ein bisschen schon die Rede gemacht habe, dass wir ABM für ABM gemacht haben. Wissen Sie - das man jetzt erst mal Leute über ABM holt und die haben die sogar persönlich in unserem Ministerium in einem Drei-Tages-Kurs ausgebildet, damit sie nachher in ihre Regionen fahren, in ihre Kreisverwaltungen und Stadtverwaltungen, zu ihren Betrieben, zu ihren Initiativen und den Leuten da erst mal erklären, was eine ABM ist. Und erklären, was ein Träger ist. Träger hat man, Hosenträger oder Träger hier oben (deutet auf die Decke), aber ein Träger für irgendwelche Einrichtungen... So was gab es in Ostdeutschland gar nicht. Es gab noch nicht einmal die Kenntnis über den Begriff und demzufolge müssen sie das ja erst mal umsetzen, um wirklich schnell was hinzu-

kriegen. Also ABM für ABM. Und dann natürlich ging es weiter. Das war nur der erste Start. Es ging weiter, dass man versuchte, eine Infrastruktur aufzubauen für solche Arbeiten. Also Arbeitsförderungsgesellschaften, als was wir das dann gründen durften. Die Arbeitsförderungsgesellschaften dann zusammenfassen zu einem Verband, damit sie sich gegenseitig auch helfen können und die ganzen Tricks sagen können, die möglich sind und Erfahrungsaustausch zu machen. Die Landesagentur für Struktur und Arbeit - die LASA, die also jetzt die Förderanträge bearbeitet, damit man sein Programm Arbeit und Qualifizierung für Brandenburg umsetzen kann. Natürlich ist das wieder mit viel Aufwand verbunden. Andere Dienstleister, die wir aufgebaut haben. Dann haben wir gesagt - Brandenburg: Flächenland. Es kommt nicht in die Region. Die meisten Orte bei uns haben weniger als 500 Einwohner. Da spricht sich das dann auch nicht so schrecklich viel rum, wenn ich das mal so sagen darf. Also, mit anderen Worten, man muss immer wieder in der Region sein und immer wieder unterwegs, um zu erklären, um zu erläutern, um zusammenzuholen, haben wir also versucht, solche Netzwerke aufzubauen. Beispielsweise Weiterbildungsberatungsstellen. Also alles immer parallel zum Arbeitsamt, die das ja auch alles machen, die ja alle auch erst mal frisch aufgebaut worden sind. Weiterbildungsberatungsstellen, die die Leute eben individuell und auch mit längerem Atem beraten können, als es normalerweise ist und vor allen Dingen vor Ort; und die die Programme kennen. Wir haben jetzt gerade letzte Woche gehabt: Fünfjähriges Bestehen der Leitstellen 'Frauen und Arbeit'; auch ein Programm, das wir zusammen mit Nordrhein-Westfalen entwickelt haben. Immer nach dem Motto: Besucht Ihr uns mal und erzählt mal, wie es ist und dann kommen wir mal gucken und dann können wir das ja nachmachen. Und deswegen haben wir jetzt ein flächendeckendes Netz. In jedem Kreis haben wir so eine Leitstelle 'Frauen und Arbeitsmarkt', die also jetzt die Verpflichtung haben, nicht bloß das Ziel, die Verpflichtung sogar, pro Leitstelle 50 Frauen in Arbeit zu bringen im Jahr. Ist schon ganz schön und die machen auch eine tolle Arbeit. Also, dass ist wirklich nun flächendeckend da, brauchen wir auch, ist auch wichtig. Das haben wir alles bei uns gemacht - und ich sage es hier noch mal an der Stelle - das das nicht unterkommt, dass ich soviel erzähle. Die Hilfe - wissen Sie, es ist normalerweise immer der Frust Ost/West. Jetzt sind es wieder die Transfers, die so hoch sind und jetzt kommen sie noch mit der Krankenkasse, die haben ja nie genug; und auch die Absenkung des Solidaritätszuschlages trifft an vielen Stellen durchaus auch auf positive Stimmung, weil man sagt: „Nun ist ja genug „Das ist

eben traurig, dass es so ist, aber meist ist es auch, weil der Eindruck entsteht, die kriegen ja da drüben den Schlund nicht voll. Und deswegen möchte ich es hier noch mal ausdrücklich sagen - der Dank dafür, dass in diesem Bereich zum Teil eben äußerst selbstlos, aber in der Regel eben engagiert und wirklich partnerschaftlich geholfen wurde, den möchte ich hier an dieser Stelle grundsätzlich gerne deutlich artikulieren und vor allen Dingen auch an die Adresse derer, die hier mitgewirkt haben; an der Ausstellung, an dem Preis, wenn wir Sie nicht gehabt hätten, hätten wir mehr Schwierigkeiten gehabt und wer weiß, ob wir mit den Arbeitslosenzahlen so wären, wie wir sind. Also: Herzlichen Dank für den Einsatz und meine Bitte - weiter so, denn die Schwierigkeiten sind ja auch noch nicht so weg vom Tisch. Die Schwierigkeiten sind nicht weg vom Tisch und da komme ich jetzt in einem großen Sprung, mit dem ich schnell bloß noch ein paar Sachen sagen möchte. Also, vor allen Dingen den 249 h. Also der § 249 h bzw. 242 s... Das Problem dabei sieht meist so aus. Also, die Friedhofsmauer, die wird jetzt schon zum dritten Mal über ABM gemacht, ja?! Dafür ist aber der Kindergarten in desolatem Zustand, der darf aber nicht gemacht werden. Weil das ja nun wieder eine notwendige Arbeit ist und keine zusätzliche. Da fragt sich jeder Mensch: 'Die müssen doch wohl nicht begriffen haben, was hier los ist, wenn die zum dritten Mal die Friedhofsmauer machen.' Also, selbst wenn die zum ersten Mal die Friedhofsmauer machen, wenn der Kindergarten nicht in Ordnung ist, ja?! Bloß verstehen Sie - und das ist so. Und deswegen ist es so wichtig, dass man einfach sagt, wir müssen auch statt der Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren, indem wir sagen, pauschaliert wird das Arbeitslosengeld zur Verfügung gestellt als Lohnkostenzuschuss. Wie das bei 249 h bzw. 242 s ist. Wir haben es noch ein bisschen besser im Osten wegen der Situation, die da ist, dass wir es nicht nur im Jugend- und im Sozialbereich, sondern auch im ökologischen Bereich für Wohnumfeldverbesserung, für vorbereitenden Denkmalschutz machen können. Also - breit anlegen können, richtig strukturfördernde Maßnahmen damit machen können. Und wir haben natürlich mit unseren Arbeitsförderungsgesellschaften nun inzwischen auch ein System von Reglementarien entwickelt, dass Aufträge ausgeschrieben werden, die nachher über Arbeitsförderung erledigt werden. Ausgeschrieben werden. Leider Gottes ist es nun über das Arbeitsförderungsreformgesetz wieder ins Gegenteil verkehrt worden. Da ist es auf einmal so, dass ausgeschrieben werden muss, aber die Arbeitsförderungsgesellschaften, selbst wenn sie die Ausschreibung gewinnen, kriegen die den Auftrag nicht.

Na, also, wissen Sie, hier ist was los, ja?! Aber jedenfalls will ich sagen, man denkt manchmal, das ist richtig so, es wird da richtig Sand ins Getriebe mit Absicht gemacht. Gut. Also, ich will nur sagen, diese Möglichkeit, dass man sagt, man finanziert nicht die Arbeitslosigkeit, sondern gibt es als Lohnkostenzuschuss, ist genau das, was wir wollten mit dem vorhin schon erwähnten 5000-Stellen-Programm der Ostländer. Das wollten wir. Nun haben wir es gekriegt. Natürlich - wie es im Westen ist, d. h., wie es in diesem System ist, kriegt man das dann nicht zusätzlich, wie man es sich gewünscht hat, sondern, man kriegt es anstatt der ABM, die besser ausgestattet waren finanziell. Nachtigall ick hör Dir trapsen. Also, dass ist wieder die Situation, dass sie sich Mühe geben als Land mit mehreren 100 Mio. Mark in die Co-Finanzierung von 249 h-Maßnahmen reinzugehen und da wird praktisch im gleichen Maße die ABM, wo sie finanziell lange nicht soviel Geld reinstecken müssen, um die Leute in Arbeit zu bringen, wird zurückgefahren. Und die Summe stimmt wieder. Also, man hat hier nicht was Zusätzliches gekriegt, sondern anstatt. Aber das bloß nebenbei für die Kenner. Dieses Instrument ist das richtige, denn ich denke, wir müssen jede Möglichkeit nutzen, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und zwar nicht bloß als Überschrift, sondern wirklich vor Ort mit sinnvollen Konzepten für die Person, die man da hat. Und jetzt kommen wir zu dem zweiten Teil, der nämlich alle betrifft.

Wir haben inzwischen die Situation, dass nicht nur der Osten tönt: 'Die Arbeitslosigkeit ist ja so hoch!' und 'Wir wollen...' und 'Unsere Frauen wollen weiter berufstätig sein!' Inzwischen ist es so, dass auch in den Altbundesländern Form angenommen hat - und auch bei Ihnen ja hier in der Region, hier in der Stadt -in Bereiche gekommen ist, die nun wirklich von der Gesellschaft nicht mehr tolerierbar sind. Nicht mal, wenn man auf dem einen Auge blind ist. Also, die sind sozusagen so, dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem in Ost und West geworden ist. In Klammern, dasselbe betrifft die Ausbildungsplätze. Das duale System hat in Ostdeutschland noch nie geklappt. Wir hatten die Betriebe ja noch nie. Die war bei den Kombinat, die Erstausbildung, dann waren die Kombinate weg, wir hatten nichts, ein paar Jahre sind sie über Arbeitsförderung bezahlt worden und seitdem haben wir nun das Theater, dass uns jedes Mal, ein großer Prozentsatz Erstausbildungsplätze rein zahlenmäßig fehlen. Von Wahlfreiheit überhaupt keine Rede mehr. Früher in Ostdeutschland - also, es war ja schon davon die Rede, dass wir nicht ganz so sy-

stemtreu waren - wir haben uns seinerzeit schon immer darüber aufgeregt, dass die Berufsberatung so war, dass der Berufsberater verpflichtet war, die Kinder unterzubringen. Als erstes die Menschen mit Behinderungen, damit die als erste weg waren, bevor die Knackigen kommen, hatten die alle schon ihre Ausbildungsplätze. Und dann kamen die anderen. Und natürlich war es nicht so, dass die Traumberufe erfüllt werden konnten, sondern es war so, dass man gesagt hat: 'Was ist denn im Angebot? Was würde Dir denn davon passen?' Und dann konnte es passieren, dass man gerne Bibliothekar werden wollte und zum Schluss wurde man Chemiefacharbeiter. Und wir haben uns natürlich aufgeregt im Osten und haben gesagt: 'Mensch, also - unmöglich! Man müsste im Westen sein, da würde man wenigstens werden können, was man will.' Nun sind wir im Westen und nun haben wir nicht mal die Anzahl von Ausbildungsstellen, um zu sagen:

'Mensch, macht doch wenigstens irgendwas.' Sondern es sind zu wenig da. Jedes Jahr - und nunmehr das vierte Jahr - sind wir als Land verpflichtet, auch davon war schon die Rede, über öffentliche Mittel Erstausbildung zu finanzieren. Brandenburg hat 2,5 Mio. Einwohner, ich gebe über ¼- 120 Mio. Mark im Jahr aus nur für die Organisation von Erstausbildungsplätzen. 120 Mio. Mark. Das ist ¼ von meinen Mitteln für Arbeitsförderung insgesamt. Und das auf einem Gebiet, wo ich gar nichts zu sagen habe. Das macht ja die Wirtschaft im dualen System. 80% der Erstausbildungsplätze sind in Ostdeutschland - teilweise oder ganz - öffentlich finanziert. Na, das ist ein tolles System. Und wir thematisieren es seit Jahren und hören es dennoch rückwärts vom Bundestag: 'Ach, Frau Hildebrandt macht da wieder Panik im Frühjahr. Sie müsste doch schon begriffen haben, dass im Herbst das Problem erledigt ist.' Wissen Sie, dass ist also wirklich Blasphemie. Wenn ich Ihnen sage, dass wir 120 Mark da bezahlen, damit es läuft! Gut. Jetzt wollte ich bloß sagen, ist es inzwischen so, dass das Erstausbildungsproblem auch im Westen Deutschlands so angekommen ist, dass man nicht mehr drumherum reden kann. Jetzt ist es ein gesamtgesellschaftliches Problem geworden und deswegen, denke ich, kommen wir nun mit Diskussionen auch weiter. Allerdings nicht so, wie unser Kanzler immer sagt, der stellt sich ja auch immer hin, nachdem wir das seit Jahren thematisieren und versuchen, Lösungen wenigstens im Ansatz zu finden. 'Das gibt es doch wohl nicht!' hat er ja neulich gesagt. 'Also, da muss man jetzt mal eine Möglichkeit sich ausdenken, wie man doch nun den Jugendlichen Erstausbildungsplätze in ausreichendem Maße wieder zur Verfügung stellt.' Da weiß man gar nicht mehr, was man sagen soll. Also,

entweder, dass Problem wäre leicht zu lösen, dann frage ich mich - warum ist es noch nicht gelöst? Oder es ist wirklich ein kompliziertes Problem, dann soll er nicht solche Dinge erzählen. Dann soll er sich wirklich mal klein mit seinen Leuten bemühen, dass die das tatsächlich zu ihrem Thema machen, damit sich da was ändert. Also, Erstausbildung und Arbeitslosigkeit - gesamtdeutsche Probleme geworden in Ost und West. Und deswegen nun auch ganz andere Möglichkeiten das zu thematisieren und wirklich nicht mehr Wege zu finden, die daran vorbeigehen. Deshalb also die Frage: Was machen wir denn nun in Ost und West, wenn wirklich alle politisch verantwortlichen Leute sehen, dass wir wirklich aktiv werden müssen. Und da sage ich Ihnen, ich bin der festen Überzeugung, dass der Kanzler in dem Fall wirklich recht hatte, als er seinerzeit sagte, die Arbeitslosigkeit könnte man bis zum Jahr 2000 halbieren. Damit hat er recht. Auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat gesagt, das geht. Und auch wir sind völlig der Meinung, dass es gehen könnte. Natürlich nicht auf dem Wege auf dem wir uns jetzt befinden. Man müsste schon ein bisschen was anderes machen. Also - um es schlicht zu machen, was immer wichtig ist, dass man etwas vermittelt, was man sich auch merken kann: Drei Säulen, denke ich, sind es, die uns helfen müssen, dieses Ziel zu erreichen. Oder wenigstens auf dem Wege unterwegs zu sein. Die erste Säule brauche ich nicht weiter zu erläutern, die ist das Schaffen neuer Arbeitsplätze. Das erzählt sogar die FDP. Also - mit anderen Worten - da gibt es viele Möglichkeiten dahin zu kommen, Zukunftstechnologien, innovative Ansätze zu finden, und auch Fördermechanismen zu finden, die tatsächlich dazu führen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und nicht bloß immer nur effektivere Produktionsmethoden, wo weniger Leute dann hinterher gebraucht werden. Also, dieses ist alles ökologische Steuerreform, sage ich bloß. Entlastung der Lohnnebenkosten, die SPD ist sogar bereit, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die Mineralölsteuer nacheinander. Zum Schluss bleibt bloß immer der ungünstige Teil für den Bürger. Der andere ist überhaupt nicht gekommen. Also, um die Lohnnebenkosten zu senken und die Versicherungen finanzierbarer zu machen. Alles zu Punkt eins: Neue Arbeitsplätze. Punkt zwei: Andere Verteilung der Arbeit. Und dieses ist nun ein Punkt, der ist sehr gut geeignet für die nächste Geburtstagsfeier bei Ihnen zu Hause. Müssen Sie mal machen, wenn Sie da alle so sitzen - die ganze Familie. Und wenn man dann auf Überstunden zu sprechen kommt. Und wenn man dann feststellt, wie viele bezahlte Überstunden die einzelnen machen. Und wenn man dann sagt: 'Menschenskinder, hier war wieder Preis der Solidarität

und Arbeitsförderungsinitiativen, Arbeitslosigkeit eskaliert. Lasst doch mal die Überstunden sein.' Die bezahlten, meine ich. Lass doch mal die Überstunden sein und guck doch mal, ob da nicht noch ein ehemaliger Kollege von Dir vielleicht noch mitarbeiten kann in dem Betrieb. Na, was meinen Sie, was bei Ihnen für Stimmung ist am Geburtstagstisch. Na ja, ich sage Ihnen das jetzt einfach so. Also, ich sage Ihnen das wirklich so gabelgriffig, weil es überhaupt keinen Sinn hat, dass wir uns hier hinsetzen und sagen: 'Ja, andere Verteilung der Arbeit!' und wenn wir nicht nun gerade nicht im öffentlichen Dienst sind, da haben wir den öffentlichen Dienst vor Augen. 'Ja, die Beamten, da muss man mal ran!' Und wenn man jetzt im gewerblichen Bereich ist, dann denkt man auch wieder an was anderes. Jeder denkt an was, bloß nicht, dass es ihn selber betreffen könnte. Und die Überstundensache ist für mich eben der Punkt zum Üben. Zum Üben. Denn bei Überstunden ist ja nun klar, eigentlich ist es ja so, dass man davon ausgehen muss, dass in seiner Branche die anderen mit dem Gehalt, was man da hat - oder mit dem Lohn - auch leben. Es ist natürlich schön, wenn man mehr hat. Und es ist auch schön, wenn man bezahlte Überstunden hat. Also, nicht immer, manchmal passen sie einem auch nicht. Aber das Geld passt einem auf jeden Fall, wenn es dann dazukommt. Und nur um die bezahlten Überstunden geht es. Nun ist die Frage: Muss man das unbedingt thematisieren? Ist es denn so viel? Und dazu kann ich Ihnen nur sagen, die Experten meinen, je nach Schätzung, 1,3 bis 1,6 Mio. Arbeitsplätze in Deutschland jedes Jahr hätten wir mehr, wenn die bezahlten Überstunden nicht gemacht würden, sondern, wenn statt dessen Leute eingestellt werden. 1,3 bis 1,6 Mio. Menschen. Verstehen Sie - da hätte man die Arbeitslosigkeit vor zwei Jahren halbieren können nur wegen der Überstunden. Jetzt kommen die Schlaunen und sagen: 'Die Überstunden kann man ja überhaupt nicht abbauen, weil die Überstunden ja immer bloß kommen, wenn der Spargel reif ist und dann muss gestochen werden oder die Kirschen sind zu pflücken oder dann kommt ganz überraschend über Nacht ein Auftrag' und dann schrubben die sieben Tage hintereinander ohne Punkt und Komma. Das ist überhaupt nicht der Fall. Wenn Sie so ein bisschen die Praxis kennen - Studie von Nordrhein-Westfalen auch mit Brandenburg gemeinsam am Arbeitsministerium, hat ergeben, dass also fast die Hälfte der Überstunden jeden Tag der Woche gemacht werden. Also sehr gut planbar sind, wenn ich es mal so sagen darf. Jeden Tag der Woche. Wenn wir doch die wenigstens erst mal tatsächlich anders verteilen würden, wären wir schon ein Stück weiter. Also - ich sage, Überstundenabbau ist der erste

Schritt für die gerechtere Verteilung der Arbeit und Überstundenabbau ist auch gut dazu geeignet, dieses Thema immer wieder ins Bewusstsein zu bringen, zu thematisieren und zu überlegen, ob man dazu bereit ist. Es ist nur deswegen der erste Schritt - der Übungsschritt, weil ich denke, wir müssen sogar noch weitergehen. Wir haben in Brandenburg nämlich die andere Verteilung der Arbeit dahingehend, dass man existenzsichernde Teilzeitarbeit einführt. Also - Beispiel:

Wir hatten in Brandenburg 6000 Lehrer gleich nach der Wende zuviel. Ich habe Ihnen ja erzählt, die Geburtenraten, wie die gesunken sind. Gleich zu Anfang hatten wir 6000 zuviel. Jetzt haben wir noch viel mehr zuviel. Da haben wir 1990 eine Regelung hingekriegt, alle Lehrer sind auf 80 % der Arbeitszeit gegangen mit 80 % Ostgehalt - und das waren 2/3 von dem Gehalt, was ein Lehrer im Westen kriegt. Und das hat geklappt. Selbst die Gewerkschaft hat mitgemacht. Und sie haben auf die Art und Weise keinen Lehrer entlassen müssen. Jetzt haben wir - kann man sagen, es war die Nach-Wende-Zeit, da ging alles ein wenig durcheinander. Aber jetzt ist es inzwischen so, ich erzählte Ihnen ja - die Geburtenrate um 2/3 abgenommen - wir sind jetzt sieben Jahre nach der deutschen Einheit, mit anderen Worten: Die nichtvorhandenen Kinder kommen auch nicht mehr in der Schule an. D. h., wir haben jetzt auf einmal im Grundstufenbereich mehr als die Hälfte der Lehrer zuviel, weil keine Kinder mehr da sind. Nicht, weil wir etwa den Unterricht verschlechtern wollen. D. h. also, es war die akute Notwendigkeit und auch für jeden einsehbar. Wenn die Kinder nicht da sind, kann der Lehrer nicht sagen: 'Ist mir doch egal, ich sitze meine Stunden in der Klasse, auch wenn keiner mehr da ist'. War also völlig klar - es geht nicht. Und da war es jetzt noch mal möglich, dass fast 10.000 Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer, akzeptiert haben, dass sie auf 60% der Arbeit gehen mit 60 % Gehalt, dafür aber Kündigungsschutz haben. Diese sind Ihnen sicher. Natürlich ist das ein erheblicher Einschnitt und dann muss man mal überlegen, dann sagen sie immer, davon kann man nicht leben. Das sind ungefähr 1800,- DM jetzt bei uns, die sie da mitkriegen. Wissen Sie, da kommt immer Freude auf, wenn ich da in einen Betrieb komme, der 249 h macht, jetzt diese neue Variante bei den Betrieben, wo jetzt jeder Unternehmer, der jetzt neu einstellt, einen Arbeitslosen, bekommt jetzt ein Jahr lang vom Arbeitsamt diesen Zuschuss jetzt. 1930,- DM. 1930,- DM im Monat. Und dann komme ich hin, um dieses Instrument bekannt zu machen und frage dann auch nebenbei die Kollegin, die da arbeitet in der Buden: 'Was verdienen Sie denn?' Dann sagt sie, 1100,- DM kriegt sie raus. Verstehen

Sie?! Dafür arbeitet die aber. Da habe ich gesagt: 'Ja, Mensch, ist das denn mehr als Ihr Arbeitslosengeld?' Da hat sie gesagt: 'ja, ein bisschen mehr ist es schon.'. Also, für 1100,- DM arbeitet sie da, verstehen Sie, und die Lehrerin sagt, für 1800,- DM kann man nicht leben, wenn man nur für 60 % arbeitet. Also, verstehen Sie - da sind wir wieder bei der Solidarität. Es ist alles relativ. Wenn ich nun gerade wieder einen höheren Dienst im Blick hatte und dann möglichst noch einer aus Bielefeld, also, wir sind ja immer im Osten noch niedriger - wir sind ja bei gut 80 %, ja, dann ist das natürlich wenig. Aber wenn man sich dann wieder die anderen anguckt, dann relativiert sich die Sache. Und ich möchte gerne diesen Blick öffnen. Diesen Blick, dass man überlegt: 'Könnte ich denn bei meinem Einkommen nicht mit 80%, wenn kein voller Lohnausgleich da ist, leben?' Heide Simonis hat jetzt gerade in im öffentlichen Dienst Schleswig-Holstein diese tolle Initiative gestartet - 25 % des öffentlichen Dienstes arbeitet da schon verkürzt. Also, nicht halbtags für die Frauen und der Mann sorgt, sondern wirklich so verkürzt, dass es existenzsichernd ist und sie machen eine weitere Initiative. Sie wollen auf 40 % kommen. Na, da bin ich ganz begeistert. Mache schon in Brandenburg immer Wind. Aber da ist auch nicht so doll mit der Bereitschaft. Also, ich denke, dieses müssen wir versuchen. Die andere Verteilung der Arbeit. Und -jetzt brauchen Sie keinen Schreck zu kriegen, nach dem Motto: 'Da hat sie bestimmt nicht richtig nachgedacht, denn andere Verteilung der Arbeit - wer macht das schon? Und dann kriegt man überhaupt gar keine Rente mehr, wenn man so... wenig usw. Und wie soll denn eine Textilarbeiterin mit 80 % auskommen? Davon kann sie nicht leben. Das sind alles Probleme, die meines Erachtens lösbar sind. Wir haben auch im Bundesrat ein Gesetz dazu unter maßgeblicher Mitarbeit von Brandenburg gestartet - Teilzeitförderungsgesetz heißt es. Und da hat man diese Dinge alle überlegt und Lösungen angedacht. Z. B., dass die Tarifvertragsparteien Teilzeitlohnausgleiche vereinbaren. Also: Wenn der Lehrer 80 % arbeitet, bei dem Gehalt, damit kann er leben. Wenn aber eine Textilarbeiterin oder eine Chemiefacharbeiterin - die jetzt Chemikantinnen heißen - wenn die jetzt also auf 80 % geht, dann ist sie im Sozialhilfebereich. Also, haben wir in Brandenburg so ein Modell gestartet, damit die Chemikantinnen nicht entlassen werden, dass sie auf 75 % der Arbeitszeit gehen, bei 92 % des Tariflohnes. Verstehen Sie? Solche Dinger - das ist Teilzeitlohnausgleich. Der muss verabredet werden. In Abhängigkeit von dem effektiven Lohn, der da gezahlt wird. Darüber hinaus kann man Regelungen schaffen für die Rente. Dass nämlich die Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden, z. B.

für 90 % Arbeitszeit, obwohl man nur 70 % arbeitet. Damit hinterher die Rente nicht zu niedrig ist, um eine Alterssicherung darzustellen. Also - Probleme sind lösbar, wenn man sie lösen will. Deswegen, andere Verteilung der Arbeit thematisieren, überlegen, ob es geht, flexibilisieren, sagen auch, wenn man soviel Geld verdient, dass man davon leben kann, ist Freizeit ein hohes Gut. Bloß für einen Arbeitslosen nicht. Um das deutlich zu machen auch mit solchen Sachen wie Sabbatjahren oder ähnlichem. Mit Jahresarbeitszeit oder sogar mit Lebensarbeitszeit. Also diese Dinge, bis hin zur Arbeitsteilzeit - na klar, dass gehört ja auch dazu, bisschen besser ausgerüstet, als sie jetzt ist und ein bisschen mit mehr Nachdruck, also, dieses alles in den Köpfen zu bewegen und wirklich zu wollen. Und dann natürlich, bei der anderen Verteilung der Arbeit, sind wir bei den nichtversicherungspflichtigen Verhältnissen. Darüber wird ja nun ausreichend geredet. Ich hatte gerade in dieser Woche eine Diskussion zu diesem Thema im NTV. Ich dachte, ich höre nicht recht. Die seriösen Männer dort waren wirklich der Meinung, ich gehe von falschen Voraussetzungen aus, wenn ich der Meinung bin, dass die Ausweitung der 610 DM-Verhältnisse sich verheerend auf die Sozialversicherung auswirkt. Sie waren im Gegensatz dazu der Meinung, dass wäre gerade nun die Mobilisierung auf dem Arbeitsmarkt und würde helfen, die Arbeitslosen zu reduzieren. Also, wissen Sie, dass habe ich also in 20 Minuten nicht mitgekriegt, dass die das ernst meinen. Weil, so was, dass kann es ja überhaupt nicht geben! Sie wissen es. Wir sind jetzt bei 6,5 Mio. Arbeitsverhältnissen sind 610 DM-Jobs. Entweder zusätzlich zu der normalen Arbeit - da haben wir es wieder andere Verteilung der Arbeit - einer hat einen festen Job, aber macht noch ein 610 DM-Verhältnis nebenbei oder macht noch ein bisschen Honorartätigkeit. So ist es. Und das kann nicht sein. Und es müsste in der Gesellschaft sich so ein Denken entwickeln, dass man sich geniert, - geniert! - wenn man erstens Überstunden macht, zweitens noch gegen Honorar arbeitet und dann noch sieht, ob man nicht noch ein bisschen was nebenbei machen kann. Verstehen Sie? Gut, also, die 610 DM-Arbeit und die Scheinselbständigkeit sind wie die Bekämpfung der Schwarzarbeit mit allem, was dazu gehört, ganz wichtige Punkte, damit Arbeit tatsächlich - versicherungspflichtige Arbeit - und Arbeit für Menschen bleibt, in einigermaßen übersichtlicher Form, die auch tatsächlich Arbeit brauchen.

Und dann kommt der dritte Punkt, also das ist die andere Verteilung der Arbeit. Neue Arbeit, andere Verteilung der Arbeit und der dritte Punkt ist eben die Finanzierung

von Arbeit statt von Arbeitslosigkeit. Und da haben wir ja eingangs schon viel davon gehört, wie man über Arbeitsförderungsgesellschaften, über Projekte 'Arbeit statt Sozialhilfe' viel tun kann - wir haben da ein tolles System auch unter Einbeziehung der Kommunen - tatsächlich die Möglichkeiten Arbeit statt Sozialhilfe aufzustocken, damit vor Ort soviel wie möglich Sozialhilfeempfängern eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, befristet auf ein Jahr angeboten wird. Und ich sage, wir haben da zwei Varianten, bloß mal so noch als kleines Schlaglicht, als kleines Positivum. Zwei Varianten: Die eine ist bei Unternehmen. Dass die Unternehmen diese Zuschüsse kriegen, das sind ja dieselben Arten, das weiß ja jeder, in Grün. Aber, wissen Sie, da haben wir Klebeeffekte von weit über 50 %. Dass also nicht nur ein Jahr Arbeit statt Sozialhilfe läuft - öffentlich finanziert, sondern, dass sie hinterher bei den Betrieben bleiben, weil sie sich eingearbeitet haben, die Leute. Alles Kleinbetriebe. Da ist das noch ein bisschen anders als bei diesen großen Dingen, wo sie denn bloß immer absahnen, die Vorzüge. Und die zweite Variante ist eben die, dass Projekte organisiert werden, 'Arbeit statt Sozialhilfe', wir haben die Kreise in die Pflicht genommen, dass sie dieses regional moderieren, organisieren und tun, halte ich für ganz wichtig, dass wirklich die Kommunalpolitik da immer mit im Brot ist und es zu ihrem Ding macht und begreift, dass es ihre Kosten sind, die sie verringern, wenn sie Arbeit statt Sozialhilfe macht. Und nicht bloß deswegen. Weil sie dann nämlich die Sozialhilfe in Arbeit investieren und im nächsten Jahr die dann Arbeitslosengeld vom Arbeitsamt kriegen, ja?! Sondern auch deswegen, weil soziale Folgeschäden, die nachher finanziert werden müssen. Das tatsächlich die auf diese Art und Weise verringert werden können, um nicht zu sagen, minimiert werden können. Und deswegen, die zweite Variante in Projekten und auch da ist es so, dass die Anschlussquote 30/40 % ist, wenn auch nicht am ersten Arbeitsmarkt, so doch eben bei Projekten - bei Arbeitsförderungsprojekten - oder in Fortbildung und Umschulung. Also, tolle Sache, müssen wir auch weitermachen, mit 'Arbeit statt Sozialhilfe'. So muss es sein, dass man einfach sieht, es ist genug zu tun, und dass man dann auch die Zuordnung vor Ort hinkriegt. Das wirklich die Leute mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten in Lohn und Brot kommen. Das war also zum Thema Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Da fällt Ihnen bestimmt noch mehr ein. Also, da hat man ein weites Feld. Wichtig ist mir dabei, noch einmal auf die zwei Komponenten hinzuweisen,

Strukturförderung - also, jetzt denken Sie an die Friedhofsmauer und die Kindergär-

ten - Strukturförderung soll möglich sein, also lieber was Zusätzliches. Also, da müssen wir eng am ersten Arbeitsmarkt, eng mit Ausschreibungen, möglichst mit Vergabe-ABM; Brandenburg ist Spitze bei Vergabe-ABM. Aber fragen Sie nicht, wie viel das ist. Ist überhaupt nicht der Rede wert. Aber mit den paar Dingen die wir haben, sind wir schon Spitze in der Bundesrepublik Deutschland. Na, da kann man höchstens stutzig werden, nicht stolz. Also, das müsste viel mehr intensiviert viel mehr intensiviert werden und eben auch über die Arbeitsförderungsgesellschaften Beteiligung an Ausschreibungen; also wirklich die strukturelle Komponente der Arbeitsförderung in die Nähe der Wirtschaft bringen. Und die andere Seite ist, dass wir Zielgruppen haben werden, die bringen wir, selbst wenn wir noch so eifrig sind, mit unseren ganzen Konzepten nicht wieder am Arbeitsmarkt unter. Und darauf muss man sich einstellen. Und da muss man dann sagen, da müssen wir eben zielgruppenorientiert auch Arbeit organisieren, von der wir wissen, dass sie nicht nur zeitweilig ist. Und das sie nicht nur die Brücke ist ins Licht, verstehen Sie? Sondern, dass sie tatsächlich notwendig ist, weil auch für diesen Fall es besser ist, dass wir Arbeit organisieren und sie integrieren, als sie zu Hause zu lassen, obwohl wir wissen, auf Dauer brauchen wir sie eigentlich nicht. Deswegen, die zielgruppenorientierte Komponente, die wollte ich bei Ihnen unbedingt noch loswerden.

Das also zu den drei Punkten, die helfen können, die Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches notwendiges Maß - in Anführungsstricheln - zu reduzieren. Wie sind nun die Rahmenbedingungen dafür? Man könnte es - wie gesagt - machen. Wie sind die Rahmenbedingungen dafür? Ganz mies. Und zwar ganz mies, weil für uns - außer den Trägerstrukturen und den Sachen, die wir selber machen können - zwei Dinge maßgeblich sind. Die gesetzlichen - die bundesgesetzlichen -Rahmenbedingungen und die Ausstattung der Bundesanstalt für Arbeit für diesen Zweck. Zu den Rahmenbedingungen Arbeitsförderungsgesetz ist wirklich ein Behinderungsgesetz. Ich möchte es jetzt nicht weiter ausführen, vielleicht sage ich bloß ein Beispiel, weil das so schön ist. Oder-Hochwasser, - die Oder zerstört die Dämme - Zeltendorfer

Niederung, die Bilder sind ja überall zu sehen gewesen, unter Wasser.



Unter Tisch kommt man sofort auf die Idee: Mensch, können wir da nicht was mit Arbeitsförderung machen, ja? Wenn wir die Arbeitsförderung zur Wiederherstellung nach dem Oder-Bruch nach dem Arbeitsförderungsreformgesetz, wie es jetzt vorliegt, gemacht hätten, dann hätten wir sie nicht

gemacht. Weil sie da nicht geht. Also, beispielsweise alle Maßnahmen - solche Strukturverbesserungen, Aufräumarbeiten, Straßen wiederherstellen, Deiche neu anschippen - Schlafdeiche, usw. Das sind alles wirtschaftsnahe. Die müssen ausgeschrieben werden. Wenn Sie etwas ausschreiben wollen, müssen Sie natürlich erst mal den Inhalt der Ausschreibung formulieren. Sie müssen also als erstes mal wissen, wie groß ist denn der Schaden. Dazu muss das Oberwasser erst mal zurückgehen, ja? ! Sonst wissen Sie ja überhaupt nicht, was Sie ausschreiben sollen. Also warten Sie erst mal bis alles wieder abgelaufen ist, um dann zu sehen, wie groß ist denn der Schaden. Wenn Sie den dann ermittelt haben - muss ja alles stimmen, sonst heißt es wieder: 'Da bei der Arbeitsförderung, da werden ja wieder die tollsten Dinge gemacht.' Also dauert das dann seine Zeit. Und dann schreiben Sie das Ding aus. Na, das dauert dann auch seine Zeit. Und ehe Sie das dann alles durchhaben, ist das Frühjahrshochwasser da. Naja - wirklich. Parallel dazu sind die Einschränkungen für die Zuweisungsbedingungen so, dass Sie eben nur noch bestimmte Langzeitarbeitslose zu hohen Prozentsätzen nehmen müssen, die es Ihnen überhaupt nicht ermöglichen, nur einigermaßen sinnvolle Arbeiten dort tatsächlich auch sachkundig und vernünftig zu machen. Verstehen Sie? Und dann kommt die Finanzausstattung dazu, die natürlich so ist, dass man auch mit dem Geld keine Maßnahme mehr machen kann, weil man natürlich weder Sachkosten hat noch Overheadkosten für Organisationen oder ähnliches, sozusagen sind die ganzen Langzeitarbeitslosen unter sich. So. Na, da kommt ja nun Freude auf, wenn man nun möchte, dass da schnell aufgeräumt wird in der Region. Wissen Sie, was Sache war? Ich habe im BMA angerufen bei dem Techtmeier? - bei dem

Staatssekretär von Blüm -- und ich habe ihm gesagt, wie die Verhältnisse sind und er hat also innerhalb von Tagen - um nicht zu sagen, innerhalb von Stunden - alle Probleme beseitigt. Wissen Sie, wodurch?

Erstens: Er hat die ganzen Bedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes für den Oder-Bruch außer kraft gesetzt. Na, dass war ja wunderbar, verstehen Sie?! Wir konnten sofort alle Arbeitsförderungsgesellschaften der Region – alle Kommunalpolitiker, die da waren, haben sofort ihre 49 h-Leute gekriegt. Und er hat auch außer kraft gesetzt, dass es nun alles Langzeitarbeitslose sein müssen. Wir haben die genommen, die da tatsächlich geeignet waren. Na prima. Und sofort haben wir 1500 Leute, die im Oder-Bruch Ordnung machen. Und darüber hinaus hat er noch - glücklicherweise - aus dem Bundeshaushalt, wegen des Oder-Hochwassers, hat er uns noch 30 Mio. Sachkosten zur Verfügung gestellt. Denn es macht sich doch schlecht Ordnung, wenn Sie also nicht mal einen Besen und eine Harke haben. Und eine Schippe. Sondern die noch sagen: 'Bringt die mal von zu Hause mit, sonst können wir ja nichts machen. Ja, ich meine, ich sage Ihnen das, damit Sie sich das mal gabelgriffig vorstellen können. Und so ist dieses Arbeitsförderungsreformgesetz gemacht. Also, man kann sagen, es ist eigentlich ein Verhinderungs- und Einschränkungsgesetz. Und da kann ich nun wieder bloß sagen warum - warum ist da so? Warum ist das so? Und da bin ich nun bei meinem Lieblingsthema, dass mache ich aber heute nicht - bei der FDP. Denn, verstehen Sie, dass ist der verheerende Einfluss der FDP. Die CDU - zumindest in Teilen - will es gar nicht. Wenn ich auch sagen muss, dass ich sehr verblüfft war, dass in Leipzig in der jetzigen Situation - mit den verschlechterten Arbeitsförderungsbedingungen und mit dem weniger Geld in den Kassen der Bundesanstalt für Arbeit - da komme ich gleich drauf - sagt Schäuble in seiner großen Rede in Leipzig also, er ist der Meinung, wenn die Arbeitslosigkeit so zunimmt, dann müsste man wirklich einen öffentlich finanzierten Arbeitssektor einführen. Na, wissen Sie, da fällt mir der Unterkiefer runter. Vielleicht fällt Ihnen ein, wenn diese Regierung seit über zehn Jahren am Regieren ist, vielleicht fällt es ihm früher ein. Parallel dazu werden gerade jetzt die Arbeitsförderungsbedingungen z. Z. die Arbeitsförderungsbedingungen erheblich reduziert. Das nächste Ding - das muss ich auch schnell noch als

Gemeinheit ablassen. Da sehe ich doch, in Berlin ein Kongress der CDU 'Arbeit für alle'. Na, da kommt ja Freude auf! Verstehen Sie?! Arbeit für alle! Verstehen Sie, wir haben das nicht bloß in der Verfassung drin in Brandenburg, wir wollten das im Grundgesetz haben, sind abgeblitzt. Wir reden davon seit Jahren und uns wird im-

mer erzählt: 'Das geht ja überhaupt nicht.' Und Globalisierung und alles geht nicht mehr. Jetzt kommen die Wahlen langsam in Sicht, da machen sie einen Kongress 'Arbeit für alle'. Zweckfrei, wenn ich das mal so sagen darf, ja? Es kommt nichts raus, es sind keine Bedingungen da, aber man kann das Thema mal besetzen. Und man spekuliert darauf, dass die Leute so blöd sind, dass sie das nicht merken. Ich sage Ihnen, erzählen Sie das bloß weiter, dass Sie das merken. Und jetzt wollte ich gerne, bloß, weil ich sage: Jetzt - wie sind die Bedingungen jetzt? Sie sind schlecht. Einmal wegen der Gesetze - Arbeitsförderungsreformgesetz - und andererseits wegen des Geldes. Und da muss ich auch schnell noch eine kleine Sache loslassen. Das Geld der Bundesanstalt für Arbeit. Sie wissen, der Etat über 100 Mrd. Davon 80 % für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit und jetzt wird sie ja noch mehr. Ist eine Menge Geld und kann, wenn es dort gekürzt wird, durch keinen der Länder- oder Kommunalhaushalte kompensiert werden. Das geht überhaupt nicht. Ich bin ganz stolz, dass ich 500 Mio. ungefähr im Landeshaushalt für Arbeitsförderung habe. 500 Mio. In einem Land, das ungefähr 15 % der Bundesrepublik Deutschland ausmacht. Aber wir haben über 100 Mrd. Also, verstehen Sie, sowie da an den Schraubchen gedreht wird, und es wird dort weniger, sind wir alle direkt betroffen. Wir können es nicht kompensieren. Und nun ist die Frage: Wie wird denn da dran gedreht? Im letzten Jahr - also für 1997 - wollten wir mehr als 5 Mrd. DM mehr im Etat der Bundesanstalt für Arbeit haben. Und haben es nicht durchsetzen können. Jetzt kommt noch ein kleiner Trick am Rande. Früher war das so, Selbstverwaltungsorgane hatten die Möglichkeit, den Haushalt zu beschließen oder abzulehnen. Das hat der Blüm ausgehebelt. Jetzt ist es so, wenn es passiert, wie in diesem Jahr, dass die Selbstverwaltungsorgane - Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Hand - mehrheitlich sagen: 'Das geht nicht, das ist unverantwortlich, wir lehnen den Haushalt ab.', dann kommt er trotzdem, weil dann nämlich vom BMA gesagt wird: 'Und trotzdem ist er.' Und dann ist er so. Nun können Sie sich vorstellen, wenn die Leute mit Sachverstand und Verantwortung und, nicht bloß alles

Sozis, ja, sondern wirklich die öffentliche Hand, die Arbeitgeberseite und die Arbeitnehmerseite gemeinsam. Wenn sie sagen, der Haushalt geht so nicht, wir brauchen 5 Mrd. mehr, dann ist da schon was dran. Was hat sich jetzt ergeben? Es ist ein Defizit von 11 Mrd. aufgetreten in der Bundesanstalt für Arbeit, was natürlich jetzt nachgeschoben werden muss durch die Bundesregierung als Defizithaftung. 11 Mrd.

Natürlich sind die nicht für Arbeitsförderung ausgegeben worden. Denn es war ja kein Geld da. Natürlich kommen die nur für Arbeitslosigkeit, weil die Leute inzwischen alle arbeitslos geworden sind. Nun sind sie da, nun müssen sie finanziert werden. Also werden 11 Mrd. rübergereicht. Also, verstehen Sie, wenn wir wenigstens zu Anfang die 5 Mrd., die wir mehr wollten, für 1997, für Arbeitsförderung gehabt hätten, dann hätten wir damit Arbeit finanzieren können statt Arbeitslosigkeit im besten Fall. Ist aber nicht. Und nun ist die Frage: Wie wird es denn im nächsten Jahr aussehen? Die Prognose der sechs führenden Forschungsinstitute - Wirtschaftsforschungsinstitute - hat ergeben, Wirtschaftszuwachs im Westen 2,8 %, im Osten 2,4 %. Arbeitslosigkeit im Westen stagnierend, im Osten etwa deutlich steigend. 120.000 Arbeitslose mehr. Jetzt weiß man also ungefähr, was in 98 auf uns zukommt. Die Bundesregierung muss, damit der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen werden kann, Zielgrößen verabschieden. Prognosen verabschieden. Damit man sich darauf einrichten kann mit dem Geld bei der Bundesanstalt für Arbeit. Der Blüm, nein, der Blüm nicht - der Techmeier?, der Staatssekretär, hat es in der letzten Woche bei der Arbeits- und Sozialministerkonferenz gesagt, die Prognose der Bundesregierung für 1998, die die Basis für die Geldbemessung ist: 3 % Wirtschaftswachstum und keine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Das sind die Rahmen, auf denen jetzt der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit aufgebaut wird. Also, mit anderen Worten, sie wissen jetzt schon, für das nächste Jahr kann es überhaupt nicht reichen. Und sie können sich vorstellen, für Ostdeutschland, da wird mir nun besonders schwummerig. Denn wenn Sie da hören, 2,4 % ist kalkuliert als Wirtschaftswachstum, im Westen 2,8. Da merken Sie schon, da kommt nicht diese langsame Angleichung, von der wir immer gesprochen haben, sondern im Moment kommt wieder ein langsames Auseinanderwachsen. Eine Verstärkung der Differenzen zwischen Ost und West. Und wenn Sie dann noch hören, in Ostdeutschland 120.000 Arbeitslose und die

Bundesregierung kalkuliert mit Plus/Minus Nullveränderung, dann wissen Sie, dass kann nicht gut gehen. Das kann nicht gut gehen. Und so sind die Verhältnisse. Und deswegen sage ich Ihnen - also, dass ist ja hier keine Wahlveranstaltung, das ist ja noch ein bisschen hin. Bloß, dass hat auch mit Parteipolitik nichts zu tun, sondern es ist einfach der Mut der Verzweiflung, der mich immer wieder sagen lässt, in Ost und West: Guckt hin, was da läuft. Und seht, dass diese Entwicklung verheerend ist. Das

kann so nicht weitergehen. Sie machen uns den Sozialstaat kaputt. Und wirklich - es ist überhaupt keine Überschrift. Es ist der verzweifelte Appell daran, dass man sich nichts erzählen lassen soll, sondern einfach mal gucken soll, was da läuft. Und ich finde das wirklich ganz schlimm. Beim Arbeitsmarkt finde ich schlimm. In der Sozialpolitik finde ich schlimm. In der Gesundheitspolitik ist es verheerend. Jetzt bringen sie uns schon bei mit der Gesundheitsreform, Rückbehalttarife und Beitragsrückerstattung. Wenn einer besonders gesund ist, kriegt er zum Jahresende was wieder. Na, also, das ist das Ende von der solidarischen Versicherung! Verstehen Sie? Wenn ich was bezahlen will, weil ich besonders gesund bin, dann gehe ich nicht in so eine gesetzliche Krankenversicherung rein. Das läuft jetzt alles und die Menschen werden daran gewöhnt, dass man so denkt. Beitragsrückerstattung ist das eine und die Selbstbehalttarife, die sehen so aus, dass man sagt: 'Ich bin relativ gesund, ich verabrede mit meiner Kasse, dass ich deutlich weniger bezahle.' Dafür, wenn ich wirklich mal krank werde, bezahle ich deutlich selber mehr dazu für mich und meine Krankheit und meine Operation. Wissen Sie, dass ist alles der Einstieg in den Ausstieg aus der solidarischen Versicherung. Und ich sage Ihnen das nur, zum Thema Solidarität, 80 % der Mittel, die in der Krankenversicherung einkommen, werden für 20 % der Menschen ausgegeben. Für chronisch Kranke, für Behinderte, für Diabetiker, die nachher mal eine künstliche Niere haben müssen. Das könnten die sich sonst überhaupt nicht leisten. Sie könnten es sich nicht leisten. Und wir haben in Deutschland die hundertjährige Tradition und ich habe den Eindruck, die gewöhnen uns das jetzt ab. Deswegen, sage ich Ihnen, bin ich so froh, wenn der Förderpreis der Solidarität vergeben wird. Man braucht in einer schweren Zeit, mit vielen Problemen immer wieder den Schub nach vorne und sozusagen das gute Beispiel, und man braucht immer mal wieder Punkte, wo man Kraft schöpfen kann und vielleicht gelingt uns das, ein bisschen Kraft mit in den

Alltag zu nehmen. Leichter wird es nicht. Herzlichen Dank und Viel Erfolg!“

Rede des DGB- und Kuratoriumsvorsitzenden Jürgen Frodermann:

„Ja, nach der Rede müsste ich eigentlich sagen, danach kann nichts mehr kommen. Machen wir selbstverständlich nicht, aber ich denke, wir haben mit dieser Idee - Förderpreis der Solidarität - und mit der ersten Preisträgerin und mit dieser Veranstaltung, glaube ich, ein paar Dinge bewirkt. Erstens, wie ein Lichtstrahl - nicht nur heute, sondern auch im Vorfeld und im Nachgang - dieses Thema noch mal stärker zu beleuchten, zu sagen: 'Wir dürfen Massenarbeitslosigkeit niemals und in keiner Form akzeptieren', wir müssen wirklich alle möglichen Anstrengungen unternehmen, um etwas dagegen zu tun. Deswegen muss dieses Thema auch in die Köpfe und in die Herzen. Man muss es eben immer wieder ansprechen und man darf es nicht als selbstverständliches Leid betrachten. Damit verbunden, auch in gewisser Weise, einen kleinen Lichtstrahl auf diejenigen zu richten, die eben in ganz besonderer Weise sich dieses Themas annehmen, ob in Betrieben, Verwaltung, Arbeitslosenzentren oder eben an der Spitze eines Ministeriums. Bert Brecht hat das in irgendeinem Gedicht sinngemäß gesagt, ich komme nicht auf den Titel, zu sagen: Tretet hervor aus dem Dunkel für einen Moment und empfangt unseren Dank. Ich denke, es ist notwendig, auch darauf hinzuweisen, eben noch mal deutlich machen, es muss einen Ruck durch uns und unsere Gesellschaft geben, jetzt wirklich ernsthafte Alternativen in Gang zu setzen. Es muss einen Ruck durch uns geben, zu sagen, wir dürfen diejenigen, die uns daran hindern, die uns eben diese miesen Rahmenbedingungen beschert haben, die dürfen wir nicht länger weitermachen lassen. Und dazu brauchen wir Mut. Das ist ja auch an uns nicht ganz spurlos vorbeigegangen. Noch vor einigen Tagen sagte mir ein wirklich ganz aktives Betriebsratmitglied, warum denn also auch die Stimmung so schlecht ist, sagte der: 'Jürgen, 15 Jahre lang immer nur mit Dreck zu tun zu haben zu müssen, da wird man irgendwann auch müde'. Und ich denke deswegen war gerade Ihre Rede für uns auch ein bisschen wichtig, zu sagen, es gibt eben auch noch Leute, die sich wirklich darum kümmern, und die sind auch noch in der Lage, soviel davon auszustrahlen, dass es auch vielleicht für alle hier Anwesenden von der heutigen Veranstaltung ausgehend, auch mit Ihrer Rede, eine wirklich tüchtige Aufladung der Batterien gegeben hat, um eben weiterzumachen, um eben auch daran zu arbeiten und deutlich zu machen: Es sind Alternativen möglich, wir sprechen über sie, wir stellen sie vor, wir praktizieren sie, wir denken, jetzt bitten wir auch darum, mitzutun, dass wir endlich in die Lage versetzt werden, dass auch umzusetzen. Es wird ein langer und schwerer Weg, aber ich denke, wir sind alle noch bereit, ihn zu gehen und für die nächsten Wochen und Monate noch eine

Schippe draufzutun, und damit bin ich beim letzten Teil. Was dabei wichtig ist - und ich denke, dabei haben Sie vielen heute noch ein bisschen mehr die Augen geöffnet, nach dem Motto: Wie ist es eigentlich anderswo abgegangen, wie ist die Situation anderswo, mit welchen Mitteln wird da gearbeitet, mit welcher Phantasie und welcher Geduld und jetzt eben auch die Gelegenheit nehmen, nach dem Motto:

Voneinander lernen, miteinander kämpfen, möchte ich Sie jetzt alle bitten, noch hier zubleiben und sich vor allen Dingen an den Ausstellungen der verschiedenen Initiativen Beschäftigungsgesellschaften zu informieren. Ich darf mich ganz herzlich bedanken, dass vor allen Dingen, selbstverständlich, sage ich mal, die Bielefelder, aber vor allen Dingen unsere Kolleginnen und Kollegen aus ihrem Bereich Brandenburg heute hier nach Bielefeld gekommen sind, um uns ihre Arbeit zu präsentieren. Vielleicht auch von ihren Nöten zu berichten, vielleicht auch hier ein paar Ideen zu hinterlassen, die wir gebrauchen können; genau, wie es umgekehrt läuft. Weil, wir müssen den Herrschenden in diesem Lande deutlich machen, letzten Endes klappt das Konzept des "Teile und Herrsche" nicht, letzten Endes wissen wir, auf welcher Seite wir stehen und wir müssen auch mit der heutigen Veranstaltung deutlich machen, dass wir zusammen stehen und wir auch weiterhin zusammen kämpfen werden. Aber ich würde jetzt bitten, jetzt auch an den menschlichen Teil der Veranstaltung zu denken. Wir haben im Foyer Getränke vorbereitet, der Raum steht uns zur Verfügung, alle Akteure stehen zur Verfügung, um hier eben auch miteinander zu sprechen und auch ein paar Anregungen mitzunehmen und - wie gesagt, als Schlusswort - ich darf mich vor allen Dingen bei Ihnen und Ihrem Mann bedanken, dass es möglich war, diesen Tag loszueisen. Ich hoffe, dass Sie Bielefeld und die Personen, die Sie jetzt noch gleich kennenlernen, in hoffentlich angenehmer Erinnerung behalten. Für die Zeit, die Sie jetzt noch unter uns sind:

Schönen Dank und - wie gesagt - richten Sie an die Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg und anderswo auch unsere herzlichen Grüße mit, von unserer Stelle aus können wir nur versichern, wir werden das, was wir sowieso machen, noch ein wenig verstärken.



Schönen Dank!“

Pressespiegel

Neue Westfälische 29.09.97

Bielefelder „Förderpreis der Solidarität“

50 000 Mark für Ministerin Hildebrandt

Bielefeld. Regine Hildebrandt, wortgewaltige Sozialministerin des Landes Brandenburg, ist die erste Trägerin des neu geschaffenen „Förderpreises der Solidarität“. Sie wird am Freitag, 7. November, nach Bielefeld kommen, um ihn in einer Feierstunde im Rathaus aus der Hand von Überbürgermeisterin Angelika Dopheide entgegenzunehmen.

Gestiftet wurde der Preis, diesmal verbunden mit 50 000 Mark, von der „Arbeits- und Sozialförderungsgesellschaft (ASG), die auf Initiative des Bielefelders Franz Schai-ble ins Leben gerufen wurde und die ihren Sitz in Bielefeld hat. Der Preis soll künftig zum Weltspartag vergeben werden: an Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aus Europa, die sich in „herausragender Weise um Bekämpfung und Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Armut verdient gemacht haben“. Die Preisträger können das Geld an gemeinnützige Projekt ihrer Wahl weiterleiten.

Die Entscheidung, wer ausgezeichnet werden soll, trifft ein fünfköpfiges Kuratorium, derzeit bestehend aus dem DGB-Vorsitzenden Jürgen Frodermann, dem Sozialausschussvorsitzenden Günther Garbrecht, Professor Karl Krahn von der Uni, Thomas Niekamp, persönlicher Referent der Oberbürgermeisterin und Uwe Kantelhardt von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Nach Auskunft von Kuratoriumssprecher Jürgen Frodermann habe man sich sehr schnell und einstimmig für die Sozialdemokratin Regine Hildebrandt entschieden. Mit dem Preis werde ihr „außergewöhnliches politisches und persönliches Engagement für Initiativen, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und ihre Unterstützung der Sozialberatung von Arbeitsloseninitiativen und -zentren in Brandenburg“ gewürdigt.

Hildebrandt erhält „Förderpreis der Solidarität“

Statt Arbeitslosigkeit die Arbeit finanzieren

Bielefeld. Die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD) ist die erste Trägerin des „Förderpreises der Solidarität“, der gestern von der Bielefelder Arbeits- und Sozialförderungsgesellschaft im Ratssaal vergeben wurde. Ausgezeichnet wurde die Ministerin für ihr „herausragendes Engagement“ bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Preisgeld in Höhe von 60 000 Mark will Hildebrandt sozialen Einrichtungen in Brandenburg zur Verfügung stellen.

In ihrer Dankesrede betonte die Politikerin, eine Halbierung der Arbeitslosigkeit sei mittelfristig möglich, wenn es gelinge, nicht nur neue Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen zu schaffen, sondern die Arbeit auch neu zu verteilen, Überstunden abzubauen und mehr Teilzeitbeschäftigung zu schaffen. Der Staat müsse Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Daß jetzt die Möglichkeit bestehe, Arbeitslosenhilfe auch als Lohnkostenzuschuß zu gewähren, sei ein richtiger Ansatz.

In der früheren DDR, so die Ministerin, habe eine „Verpflichtung zur Arbeit“ bestanden. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft im Osten hätten erst nach und nach neue Strukturen geschaffen werden müssen, mit denen die plötzlich auftretende Arbeitslosigkeit hätte aufgefangen werden können.

Bielefelds Oberbürgermeisterin Angelika Dopheide (SPD) hob in ihrer Laudatio Die „Geradlinigkeit und Glaubwürdigkeit“ Hildebrandts hervor, die sie zu einer „unverwechselbaren Persönlichkeit“ machten: „Sie sind vor allem eine Politikerin der Basis“.

In Zeiten mit deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen solle mit dem „Förderpreis der Solidarität“ ein Zeichen gesetzt werden, hob Bielefeld DGB-Chef Jürgen Frodermann, Vorsitzender des Preiskuratoriums hervor.

Die Idee, einen solchen Förderpreis zu stiften, geht zurück auf Franz Schaible, den Initiator zahlreicher Beschäftigungsprojekte in Bielefeld und auch in den neuen Bundesländern. Das bekannteste ist die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (GAB). Dach der Organisationen ist die Arbeits- und Sozialförderungsgesellschaft, Stifterin des Preises. Das Preisgeld setzt sich aus Spenden zusammen. Künftig soll jährlich der „Förderpreis der Solidarität“ vergeben werden. Neben Einzelpersonen können auch Gruppen oder Institutionen ausgezeichnet werden.